

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2021 - Delle im Aufholprozess

Kieler Konjunkturberichte, No. 83

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2021) : Deutsche Wirtschaft im Herbst 2021 - Delle im Aufholprozess, Kieler Konjunkturberichte, No. 83, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/246845>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2021

Abgeschlossen am 23. September 2021

© Daniel Wolcke / ifw Kiel

Nr. 83 (2021 | Q3)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Ulrich Stolzenburg*

INHALTSVERZEICHNIS

Delle im Aufholprozess

Das Finanzierungsumfeld bleibt günstig	8
Starke Ausschläge der Finanzpolitik – weiterer Kurs unklar.....	10
Lieferengpässe lasten auf Produktion.....	12
Außenhandel verliert vorübergehend an Dynamik	15
Die Erholung bei der heimischen Absorption zieht sich hin.....	18
Die Inflation bleibt vorerst hoch.....	24
Abbau der Kurzarbeit lässt Effektivverdienste spürbar zulegen	25
Arbeitsmarkt erholt sich weiter	27
Öffentliche Haushalte erholen sich vom Corona-Einschlag.....	29
Risiken und Wirtschaftspolitik.....	32
Literatur	35
Tabellenanhang.....	36
 <i>Kasten 1:</i>	
<i>Prognose und Prognoseanpassung für das Jahr 2021</i>	<i>7</i>

DELLE IM AUFHOLPROZESS

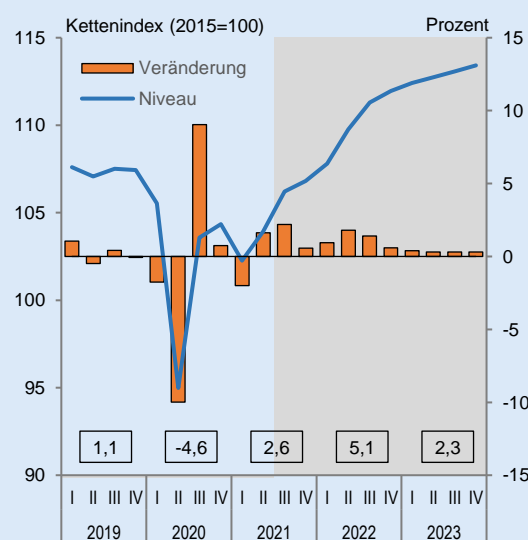
Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Ulrich Stolzenburg

Die Erholung der deutschen Wirtschaft verzögert sich. Die Vorsichtsmaßnahmen zum Infektionsschutz sowie die anhaltenden Lieferengpässe dürften im Winterhalbjahr zu einer Delle im Aufholprozess führen. So wird sich dann wohl vor allem bei den besonders von der Pandemie belasteten Dienstleistungsbranchen die Erholung verlangsamen. Zudem haben die Produktionshemmnisse in der Industrie durch die Lieferengpässe zuletzt noch einmal spürbar zugenommen und werden sich voraussichtlich erst allmählich mildern. Wenn im kommenden Frühjahr die wirtschaftlichen Belastungen durch die Pandemie größtenteils ausgestanden sind und die Lieferengpässe nachgelassen haben, wird die Erholung wieder an Kraft gewinnen und das Wirtschaftsgeschehen rasch wieder zur Normalität zurückkehren. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr nach dem Rückgang um 4,6 Prozent im Krisenjahr 2020 mit einem Anstieg von 2,6 Prozent nur einen Teil Einbußen wettmachen. Vollständig sichtbar wird die Erholung im Jahresergebnis 2022 mit einer Zuwachsrate von 5,1 Prozent. Auch im Jahr 2023 wird die Wirtschaftsleistung mit 2,3 Prozent voraussichtlich recht deutlich zunehmen, weil dann noch ein Teil der zuvor entfallenen wirtschaftlichen Aktivität nachgeholt werden wird. Die hohe Inflationsrate von 2,9 Prozent im laufenden Jahr geht größtenteils auf temporäre Faktoren zurück. Sie werden jedoch voraussichtlich auch in das kommende Jahr hineinreichen und nochmals zu einem kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise führen, bevor die Inflation im Jahr 2023 wieder moderater ausfällt. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Corona-Krise wohl rasch überwunden werden und die Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent im Jahr 2020 auf 5,1 Prozent im Jahr 2023 zurückgehen. Auch im Staatshaushalt wird sich die Erholung von der Corona-Krise deutlich widerspiegeln. Nach einem Anstieg des Defizits auf knapp 5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr, dürfte es aufgrund der auslaufenden pandemiebedingten Hilfsgelder und Subventionen sowie der höheren Wirtschaftsleistung auf 0,7 Prozent im Jahr 2023 sinken.

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Expansionskurs, verliert aber zunächst merklich an Fahrt. Nachdem die Erholung infolge der zweiten Pandemiewelle um den Jahreswechsel 2020/ 2021 einen Rückschlag erlitten hatte, zieht die deutsche Wirtschaftsleistung seit dem Frühjahr wieder deutlich an. Der Anstieg von 1,6 Prozent im zweiten Quartal dürfte sich im dritten Quartal auf 2,2 Prozent beschleunigt haben (Abbildung 1). Damit blieb das Expansionstempo in beiden Quartalen allerdings etwa $\frac{3}{4}$ -Prozentpunkte hinter den Werten zurück, die wir in unserer Sommerprognose erwartet hatten (Kasten 1). Maßgeblich dafür ist, dass die Pandemie und ihre Folgen weiterhin deutlicher auf der ökonomischen Aktivität lasten, als bislang unterstellt. Während die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche im stärkeren Maße von Vorsichtsmaßnahmen zum Infektionsschutz gebremst werden, machen der Industrie vor allem Lieferengpässe

Kasten 1:
Prognose und Prognoseanpassung für das Jahr 2021
S. (7-8)

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

bei Vorprodukten schwerer zu schaffen. Beide Faktoren erweisen sich als hartnäckiger bzw. gravierender als noch vor drei Monaten erwartet. So hat die Impfkampagne bislang nicht dazu geführt, dass bereits eine vollständige Rückkehr zur Normalität möglich wurde. Auch wenn in dieser Prognose keine neuerlichen Shutdown-Maßnahmen unterstellt sind, so dürften bei steigenden Infektionszahlen in der kalten Jahreszeit behördliche und private Vorsichtsmaßnahmen die ökonomische Aktivität abermals hemmen. Auch die Lieferengpässe haben sich zwischenzeitlich nicht entspannt, sondern sogar weiter verschärft und werden die Produktion wohl noch bis zum nächsten Frühjahr merklich belasten. So ging die Schere zwischen Auftragseingängen und Produktion bis zuletzt immer weiter auf (Abbildung 2). Zwar dürfte die Wirtschaftsleistung im kommenden Winterhalbjahr aufwärts gerichtet bleiben, allerdings verschiebt sich der Schlusspunkt im Aufholprozess in das kommende Jahr. Mit dieser Revision erwarten wir nunmehr für das laufende Jahr nur noch einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,6 Prozent (bisherig 3,9 Prozent). Im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate mit 5,1 Prozent dafür noch etwas kräftiger ausfallen (plus 0,3 Prozentpunkte). Infolge von statistischen Überhangeffekten wird sich der Erholungsprozess von der Corona-Krise auch noch in der Jahresrate von 2,3 Prozent für das Jahr 2023 bemerkbar machen (Tabelle 1). Mit der zunächst schwächeren Erholung wird das Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung erst ein halbes Jahr später erreicht (erstes Quartal 2022 statt drittes Quartal 2021). Infolge der kräftigeren Dynamik im kommenden Jahr schließt die

Tabelle 1:

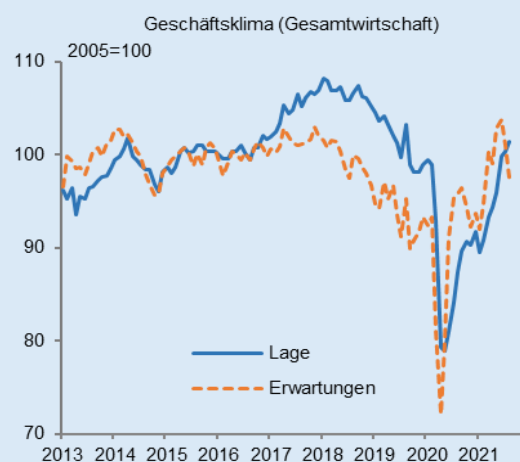
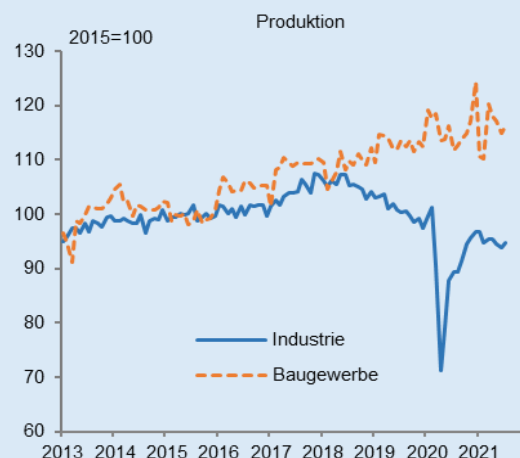
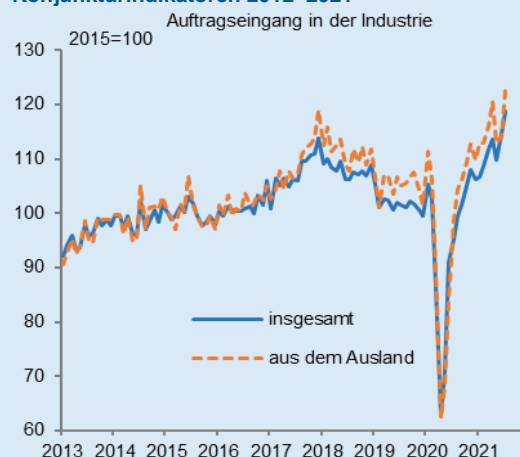
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes

	2020	2021	2022	2023
Ursprungswerte	-4,6	2,6	5,1	2,3
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,4	0,0	-0,1	-0,2
kalenderbereinigt	-4,9	2,6	5,2	2,5
Statistischer Überhang	0,0	2,2	1,9	1,6
Verlaufsrate	-2,9	2,4	4,8	1,3

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2012–2021



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

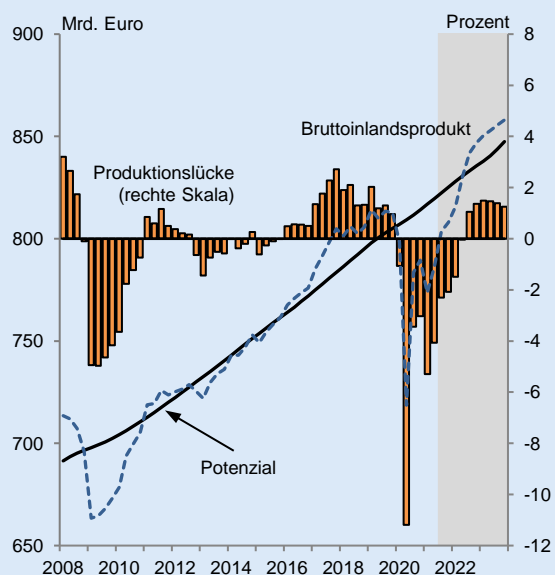
wirtschaftliche Aktivität gegen Ende des Jahres 2022 zu dem Niveau auf, das auch schon in der Sommerprognose erwartet worden war.

Stabilisierungspolitisch wird die Corona-Krise im Verlauf des kommenden Jahres weitgehend ausgestanden sein.

Im zweiten Quartal des laufenden Jahres war das Bruttoinlandsprodukt noch 3,3 Prozent vom Vorkrisenniveau entfernt, im dritten Quartal dürfte sich dieser Abstand auf 1,1 Prozent verkürzt haben und im Verlauf des kommenden Winterhalbjahres gänzlich abschmelzen. Für die konjunkturelle Einschätzung ist das Vorkrisenniveau freilich kein geeignetes Referenzmaß, weil seitdem auch das Produktionspotenzial gewachsen ist. Unserer Schätzung zur unterjährigen Produktionslücke zufolge war die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung zuletzt mit 4,3 Prozent (zweites Quartal) und 2,5 Prozent (drittes Quartal) immer noch beträchtlich und dürfte auch im Auftaktquartal des kommenden Jahres mit 1,8 Prozent noch deutlich sein (Abbildung 3). Mit der dann

einsetzenden höheren Expansionsdynamik dürften die Kapazitäten in etwa ab der Jahresmitte wieder mindestens normal ausgelastet sein. Der Impuls für den Zwischenspurts im kommenden Jahr rührt vom Wegfall der bis dahin hemmenden Faktoren her. So dürften mit der dann annahmegemäß final ablaufenden Pandemie weite Teile der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche zum Normalbetrieb zurückkehren, und mit dem Nachlassen der Lieferengpässe dürfte der rekordhohe Auftragsüberhang in der Industrie abgearbeitet werden. Dementsprechend werden im kommenden Jahr alle Verwendungsaggregate – mit Ausnahme des staatlichen Konsums – zur Expansion beitragen, allen voran der private Verbrauch, der nach der roten Null im laufenden Jahr mit einer Rate von fast 8 Prozent so kräftig zulegen dürfte wie noch nie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte (Tabelle 2). Hierbei spielt eine Rolle, dass sich bei den Konsumenten während der Pandemiezeit Kaufkraft von über 200 Milliarden Euro aufgestaut hat, von der ein Teil – neben der ohnehin expansiv wirkenden Rückkehr zu gewohnten Konsummustern – den privaten Konsum zusätzlich stimuliert. Auch die gegenwärtige Schwäche der Industrie ist nicht nachfragebedingt, sondern eine Folge der erheblichen Produktionsbehinderungen durch Friktionen in den Zulieferketten. Dadurch wurde schätzungsweise im laufenden Jahr Wertschöpfung in Höhe von 40 Milliarden Euro eingebüßt, von der ein großer Teil nachgeholt werden dürfte. Verwendungsseitig kommt dies vor allem den Ausfuhren und der heimischen Investitionstätigkeit zugute. Alles in allem dürften damit die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Durchschnitt des kommenden Jahres wieder normal ausgelastet sein und sich mit Blick auf das übernächste Jahr sogar eine leichte Überauslastung ergeben. Hierbei ist berücksichtigt, dass die Finanzpolitik nach den massiven Interventionen während der Pandemiephase die Finanzierungsdefizite deutlich zurückführt und nach dem nochmals kräftigen Expansionsimpuls im laufenden Jahr im weiteren Prognosezeitraum restriktiv wirkt.

Abbildung 3:
Produktionspotenzial und -lücke



Quartalsdaten; Bruttoinlandsprodukt, Potenzial:
kalenderbereinigt, preisbereinigt (verkettete Volumenwerte,
Referenzjahr 2015).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Projektion.

Tabelle 2:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	1,6	2,2	0,6	0,9	1,8	1,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	-5,2	3,2	4,0	1,0	1,2	2,5	2,0	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	-0,7	1,8	0,4	-0,1	-0,8	-0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	-0,4	0,3	1,5	0,5	1,5	4,5	4,5	1,5	1,0	0,8	0,8	0,8
Bauinvestitionen	-0,2	0,3	0,3	0,4	0,9	1,1	1,1	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-2,6	1,3	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	1,9	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,1	2,4	2,4	0,7	0,7	1,8	1,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausfuhr	1,4	0,5	0,3	0,9	2,2	2,3	1,5	1,2	1,0	0,9	0,9	0,9
Einfuhr	4,2	2,1	0,5	1,3	1,7	2,4	2,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	-1,0	-0,6	-0,1	-0,1	0,3	0,1	-0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1
Erwerbstätige, Inland	44.700	44.788	45.025	45.165	45.225	45.375	45.525	45.625	45.685	45.705	45.705	45.685
Arbeitslose	2.749	2.717	2.547	2.505	2.487	2.442	2.397	2.367	2.349	2.343	2.343	2.349

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Der Arbeitsmarkt lässt die Corona-Krise hinter sich, während der Preisauftrieb vorerst hoch bleibt. Seit der Jahresmitte zeigen sich am Arbeitsmarkt kräftige Erholungssignale. Während die Kurzarbeit bereits seit Februar deutlich rückläufig ist, zieht seit Juni auch die Zahl der Beschäftigten deutlich an, und es mehren sich bei hoher Einstellungsbereitschaft der Unternehmen die Hinweise auf Engpässe am Arbeitsmarkt. Die Delle im Aufholprozess wird zwar das Tempo des Beschäftigungsaufbaus zunächst etwas dämpfen, insgesamt stehen die Zeichen am Arbeitsmarkt jedoch auf eine recht zügige Überwindung der Corona-Krise. So dürfte im Verlauf des kommenden Jahres das Vorkrisenniveau bei der Arbeitslosenquote in Sichtweite kommen

(Tabelle 3). Zugleich wird wohl infolge des demografischen Wandels gegen Ende des Prognosezeitraums der Zenit bei der Beschäftigung überschritten. Die Verbraucherpreise steigen im laufenden Jahr mit einer Rate von 2,9 Prozent so kräftig wie seit fast dreißig Jahren nicht mehr, wobei sich die Inflationsdynamik in der zweiten Jahreshälfte noch beschleunigen und in der Spitze die 4-Prozent-Marke reißen dürfte. Zwar fallen einige Sonderfaktoren im kommenden Jahr weg, allerdings wird sich wohl der Inflationsdruck auf der Verbraucherstufe angesichts einer kräftigen Konsumkonjunktur und dem zuletzt beispiellosen Anstieg der Erzeugerpreise nur allmählich abbauen und erst im Jahr 2023 die 2-Prozent-Marke wieder unterschreiten.

Tabelle 3:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,6	2,6	5,1	2,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,6	2,0	1,6	1,9
Verbraucherpreise	0,5	2,9	2,6	1,9
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	0,8	2,0	1,6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.898	44.919	45.437	45.694
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,3	5,1
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-4,9	-1,7	-0,7
Schuldenstand	69,1	70,9	67,4	64,5
Leistungsbilanz	6,9	6,6	5,8	5,7

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kasten 1: Prognose und Prognoseanpassung für das Jahr 2021

Die Prognoseanpassungen für das laufende Jahr waren ähnlich wie für das Vorjahr maßgeblich durch den Pandemieverlauf geprägt. Zum einen lassen sich die Einflüsse der Pandemie auf das Wirtschaftsgeschehen angesichts geringer Erfahrungswerte nach wie vor nur schwer abschätzen. Zum anderen ist der weitere Verlauf der Pandemie kaum absehbar, so dass die den Prognosen zugrundeliegenden Annahmen sich zum Teil als unzutreffend herausstellen. Die Revision für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 zwischen der Winter-Prognose (2020) und der laufenden Prognose fällt dabei mit 0,4 Prozentpunkten im historischen Vergleich sogar noch recht gering aus (Tabelle K1.1). Allerdings hatten wir unsere Prognose zwischenzeitlich nach oben revidiert, während wir nun von einer etwas geringeren Zuwachsrate im Vergleich zum Winter 2020 ausgehen. Bei den Verwendungskomponenten kam es dabei zum Teil zu deutlichen Anpassungen.

Charakteristisch für die Einflüsse der Pandemie ist, dass die Anpassungen auch auf sehr hohe Prognosefehler für die laufende unterjährige wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sind. So ist die Prognose für das laufende Quartal (Nowcast) in der Regel recht treffsicher, da für sie bereits erste harte Indikatoren, wie die Produktion im Produzierenden Gewerbe, vorliegen. Zwar ergeben sich in Rezessionen auch für den Nowcast für gewöhnlich größere Prognosefehler, allerdings fielen sie in der Corona-Krise besonders hoch aus. Dazu beigetragen hat, dass die Pandemie in besonderem Maße auf den privaten Konsum und dort insbesondere auf viele Dienstleistungsbranchen Einfluss genommen hat, für die weniger belastbare Frühindikatoren vorliegen als für das Verarbeitende Gewerbe. Ein weiteres Merkmal der Pandemie ist, dass durch sie kurzfristig entfallende wirtschaftliche Aktivität zu großen Teilen rasch wieder aufgeholt wird sobald die pandemiebedingten Belastungen wieder nachlassen; dieses Muster zeigt sich besonders deutlich im Quartalsverlauf des Jahres 2020. Im Gegensatz dazu verlaufen Erholungen nach Rezessionen und insbesondere nach anderen schweren Wirtschaftskrisen für gewöhnlich deutlich zäher. Für die Prognoseanpassungen hat dies zur Folge, dass sich durch Fehleinschätzungen für die kurze Frist zum Teil nur geringer Anpassungsbedarf für die Prognose des Niveaus des Bruttoinlandsprodukts in einigen Quartalen ergibt. Demzufolge hat eine kurzfristig geringere pandemiebedingte Dämpfung der Wirtschaftsleistung als erwartet dazu geführt, dass die Prognose für die Erholung in den Folgequartalen in der Tendenz nach unten angepasst wurde. Gleichwohl können sich dadurch beträchtliche Revisionen für das Jahresergebnis ergeben, wenn dadurch Aktivität über den Jahreswechsel hinaus verschoben wird.

Insgesamt haben wir sowohl die negativen Einflüsse der Pandemie im Winterhalbjahr als auch die Erholung im Sommerhalbjahr überschätzt. Im Herbst des vergangenen Jahres zeichnete sich ab, dass das Wiederaufflammen des Infektionsgeschehens die wirtschaftliche Aktivität abermals spürbar bremsen wird. In unserer Winter- und Frühjahrsprognose haben wir insbesondere die negativen Wirkungen auf den privaten Konsum deutlich überschätzt. Für unsere Prognose hatten wir auf Erfahrungen aus dem Jahr 2020 zurückgegriffen. So basierte unsere Konsumprognose aus dem Frühjahr auf einer monatlichen Fortschreibung der einzelnen Verwendungszwecke unter Berücksichtigung der Entwicklungen aus dem Frühjahr 2020 in Verbindung mit den geltenden Lockdown-Maßnahmen sowie zeitnah verfügbaren Indikatoren wie Mobilitätsmaßen (Jannsen 2021). Zwar hat diese Methode für einzelne Verwendungszwecke, wie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“, recht gut funktioniert. Allerdings haben wir den dämpfenden Einfluss der Pandemie auf den privaten Konsum im zweiten Quartal insgesamt massiv überschätzt. Dazu beigetragen hat, dass wir offenbar den stützenden Einfluss des Onlinehandels zu gering veranschlagt hatten und dass die Erholung bei den Einzelhandelsumsätzen im März – trotz der noch vorsichtigen Lockerungen – unerwartet kräftig ausfiel. Im zweiten Quartal war die Erholung dagegen etwas schwächer aus als von uns erwartet. Zudem signalisieren nun erste Frühindikatoren, dass die Erholung vor allem in den besonders von der Pandemie betroffenen Branchen an Fahrt verliert. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Konsumprognose für das laufende Jahr zurückgenommen und gehen nun davon aus, dass sich ein Teil der Erholung in das kommende Jahr verlagert.

Die Lieferengpässe haben die Wirtschaftsaktivität stärker gebremst als von uns erwartet. Zu Beginn des Jahres mehrten sich die Zeichen, dass Lieferengpässe die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe bremsen könnten. Dies zeigte sich beispielsweise in den Unternehmensbefragungen des ifo Instituts zu Behinderungen der Produktionstätigkeit aufgrund eines Mangels an Rohstoffen oder Vormaterialien. Zunächst haben sich diese Lieferengpässe kaum in unserer Prognose niedergeschlagen, auch weil den Engpässen offenbar vielfältige Ursachen zugrunde liegen und ihr weiterer Verlauf deshalb nur schwer absehbar gewesen ist. Hinzu kommt, dass zwischen den vorliegenden Umfragedaten und der Produktion im Verarbeitendem Gewerbe kaum ein robuster empirischer Zusammenhang hergestellt werden kann, der es erlauben würde, die Auswirkungen genauer zu quantifizieren. Dazu trägt insbesondere bei, dass solche Engpässe in der Vergangenheit nur selten die Produktion spürbar gedämpft haben oder die Einflüsse

durch andere gewichtigere Faktoren überlagert wurden. In unserer Sommer-Prognose haben wir den Einfluss der Lieferengpässe indirekt über den langfristigen Zusammenhang zwischen Auftragseingängen und Produktion abgeschätzt und darauf aufbauend angenommen, dass der spürbar dämpfende Einfluss im weiteren Verlauf des Jahres etwas abnehmen wird (Beckmann und Janssen 2021). Mittlerweile deuten die jüngsten Zahlen zu Auftragseingängen und Produktion sowie die Umfragedaten darauf hin, dass die Produktionsbehinderungen im dritten Quartal jedoch sogar noch einmal zugenommen haben. Verwendungsseitig zeigen sich die Einflüsse der Lieferengpässe darin, dass die Aktivität bei den Exporten, den Bauinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen zuletzt hinter der jeweiligen Auftragslage zurückgeblieben ist. Auch die privaten Konsumausgaben dürften gebremst werden, nicht zuletzt durch Lieferverzögerungen bei Neuwagen. Hier ist der Anteil der unmittelbar betroffenen Bereiche jedoch deutlich geringer, so dass andere pandemiebedingte Einflüsse einen ungleich größeren Einfluss auf die laufende Entwicklung haben.

Tabelle K1.1

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2021

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prognose	Revision	Prognose	Revision (3)-(-1)	Prognose	Revision (5)-(-3)	Prognose	Revision (7)-(-5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Inländische Verwendung	1,8	-2,9	1,4	-0,4	3,4	2,0	2,4	-1,0
Privater Konsum	2,7	-2,8	0,2	-2,5	2,4	2,2	-0,5	-2,9
Staatlicher Konsum	1,2	0,3	2,3	1,1	1,7	-0,6	2,5	0,8
Ausrüstungen	10,1	-0,2	7,3	-2,8	7,4	0,1	5,9	-1,5
Bauten	2,6	-0,3	0,5	-2,1	2,0	1,5	1,2	-0,8
Sonst. Anlageinvestitionen	2,3	-0,4	3,0	0,7	0,0	-3,0	0,8	0,8
Vorratsveränderungen	-1,0	-1,4	0,1	1,1	0,9	0,8	1,4	0,5
Außenbeitrag	1,5	1,1	2,3	0,8	0,7	-1,6	0,4	-0,3
Ausfuhr	10,3	2,6	12,8	2,5	11,2	-1,6	8,1	-3,1
Einfuhr	8,0	0,3	8,7	0,7	10,9	2,2	8,3	-2,6
Bruttoinlandsprodukt	3,1	-1,7	3,7	0,6	3,9	0,2	2,7	-1,2
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	3,7	-0,1	6,6	2,9	6,7	0,1	5,7	-1,0
Euroraum ohne Deutschland	5,7	0,3	5,3	-0,4	5,8	0,5	6,0	0,2
Weltwirtschaft	5,6	-0,4	6,4	0,8	6,5	0,1	5,8	-0,7
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	1,7	0,5	1,1	-0,6	1,3	0,2	1,5	0,2
Exportmärkte	5,1	-0,4	5,2	0,1	5,7	0,5	5,1	-0,6
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	51,8	-	67,7	-	67,9	-	68,3	

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Marktwechselkursen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; US Department of Commerce, National Economic Accounts; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; eigene Berechnungen; Prognose des IfW Kiel.

Das Finanzierungsumfeld bleibt günstig

Die Europäische Zentralbank sieht keine Notwendigkeit, unmittelbar auf die derzeit höhere Inflationsrate zu reagieren.¹ Die zuletzt stark gestiegene Verbraucherpreis-inflation in der Währungsunion ist zu großen Teilen durch temporäre Sonderfaktoren und Basiseffekte erklärbar. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht somit davon aus, dass der Inflationsdruck im

kommenden Jahr wieder merklich nachlassen wird (Beckmann et al. 2021). Eine im Trend etwas höhere Teuerungsrate als in den vergangenen Jahren ist ohnehin von der Europäische Zentralbank erwünscht; sie hat darüber hinaus jüngst ihre geldpolitische Strategie angepasst und verfolgt nun ein symmetrisches Inflationsziel von zwei Prozent. Somit würde ein moderates Überschreiten dieses Zielwerts zukünftig wohl über längere Zeit toleriert werden. Die geldpolitischen Rahmenbedingungen dürften sich daher

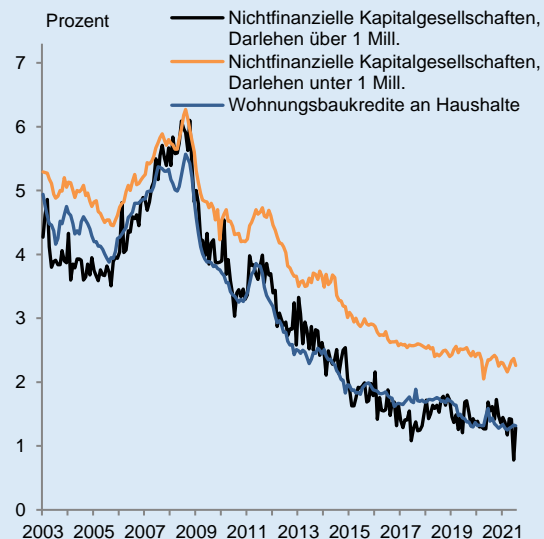
¹ Vgl. den Abschnitt zur Geldpolitik in Boysen-Hogrefe et al. (2021).

auf absehbare Zeit nicht wesentlich ändern, zumindest bis sich ein nachhaltiger Anstieg der Kerninflation über das Inflationsziel hinaus abzeichnet.

Die geldpolitischen Rahmenbedingungen bleiben vorerst unverändert. Die Leitzinsen dürften bis zum Ende des Prognosezeitraums auf ihren bisherigen Niveaus bleiben (Einlage-satz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent). Die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) und die Nettokäufe im Rahmen des Anleihekaufprogramms APP in Höhe von 20 Mrd. Euro pro Monat werden auf unbestimmte Zeit fortgesetzt, Rückflüsse aus fällig werdenden Anleihen werden zudem vollumfänglich reinvestiert. Die Käufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogramms (PEPP) sollen in den kommenden Monaten von bislang monatlich rund 80 Mrd. Euro moderat reduziert werden. Die Laufzeit (bis März 2022) und das Gesamtvolumen des Programms (1850 Mrd. Euro) wurden zunächst unverändert gelassen, die EZB behält sich diesbezüglich aber Anpassungen in alle Richtungen vor. Es ist zu erwarten, dass die Anleihekäufe über das PEPP-Programm im Prognosezeitraum allmählich zurückgefahren und schließlich – womöglich im Verlauf des kommenden Jahres – beendet werden.

Die Finanzierungskosten bleiben sehr gering. Sowohl für Wohnungsbaukredite als auch für größere und kleinere Kredite an Kapitalgesellschaften befinden sie sich schon seit geraumer Zeit auf historisch niedrigen Niveaus (Abbildung 4). Auch an den Kapitalmärkten blieben die Finanzierungskosten niedrig. So rentierten Bundesanleihen mit einer mittleren Laufzeit von mehr als drei Jahren im August mit -0,4 Prozent (Abbildung 5). Für Unternehmensanleihen wurden für Papiere mit ähnlicher Laufzeit 0,7 Prozent fällig. Der Zinsabstand blieb damit auf historisch niedrigem Niveau. Wir rechnen damit, dass die Finanzierungskosten im gesamten Prognosezeitraum äußerst gering bleiben werden. Die zehnjährigen Bundeswertpapiere, die gegenwärtig -0,3 Prozent abwerfen, dürften Ende 2023 mit 0 Prozent rentieren (Tabelle 4).

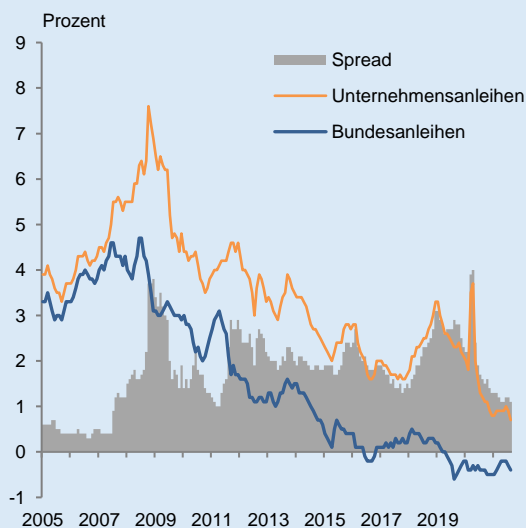
Abbildung 4:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

Abbildung 5:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle 4
Rahmendaten für die Konjunktur

	2020				2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	-0,4	-0,4	-0,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,4	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0
US-Dollar/Euro	1,11	1,13	1,18	1,22	1,19	1,20	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18	1,18
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	88,9	90,5	91,0	90,9	91,6	91,7	91,4	91,6	91,5	91,4	91,3	91,2	91,1	91,0	90,9	90,8
Exportmärkte	-2,8	-9,1	9,8	0,6	0,4	2,0	1,5	0,9	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Rohölpreis	50,5	29,4	43,0	44,3	60,8	68,1	71,2	73,0	70,0	68,0	66,0	65,0	65,3	65,7	66,0	66,3

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Starke Ausschläge der Finanzpolitik – weiterer Kurs unklar

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2021 nochmals deutlich von den pandemiebedingten Maßnahmen geprägt. In der ersten Jahreshälfte wurden in größerem Ausmaß Hilfen an von der Pandemie betroffene Unternehmen ausgezahlt. Insbesondere Überbrückungshilfen fließen wohl auch noch in der zweiten Jahreshälfte. Zudem wurden weiterhin umfangreich Subventionen an den Gesundheitssektor im Zusammenhang mit der Pandemie geleistet, und in der ersten Jahreshälfte wurden die ausgeweiteten Regelungen zur Kurzarbeit noch in beträchtlichem Ausmaß in Anspruch genommen. Hinzu kommen staatliche Konsumausgaben für Infektionsschutz und Impfungen. All diese Ausgaben werden im kommenden Jahr weitgehend entfallen.

Insgesamt belasten die finanzpolitischen Maßnahmen das Budget 2021 erheblich. Neben den Corona-Maßnahmen im engeren Sinne werden umfangreiche Subventionsprogramme initiiert oder aufgestockt. So fließen 11 Mrd. Euro als Subvention in die Senkung der EEG-Umlage, und diverse Klimaschutz- und Strukturwandelprogramme (z.B. für die Wasserstoffbranche, die Eisenbahn, die Automobilindustrie oder die Ladesäuleninfrastruktur) laufen an. Hinzu kommen steuerliche Entlastungen für Unternehmen durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und durch die Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie. Durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags und die Tarifverschiebung der Einkommensteuer wurden insbesondere die privaten Haushalte entlastet. Ferner wurden

staatliche Transfers durch die Einführung der Grundrente und einen Anstieg der Kindergeldsätze erhöht. Das Budget wird hingegen durch den Wegfall der geminderten Mehrwertsteuersätze und die Einführung der CO2-Abgabe in den Bereichen Verkehr und Wärme entlastet. Ebenso führen höhere Zusatzbeiträge vieler Krankenversicherungen zu zusätzlichen Einnahmen. In der Summe dürften sich die Budgetwirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2021 auf -83,7 Mrd. Euro belaufen (Tabelle 5). Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen durch die Progression in der Einkommensteuer und die fehlende Indexierung von Mengensteuersätzen ergeben sich -80,8 Mrd. Euro (-2,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Damit ist die Ausrichtung der Finanzpolitik weniger expansiv als im Jahr 2020, aber die Budgetwirkung ist immer noch immens.

Der finanzpolitische Kurs der Jahre 2022 und 2023 ist wegen der Bundestagswahl nur schwer absehbar. Typischerweise wird die Finanzpolitik nach einer Bundestagswahl mit den dann folgenden Koalitionsverhandlungen neu justiert. Unter den Regelungen der Schuldenbremse geht es dabei eher um die gleichzeitige Ausgestaltung der Ausgaben- und Einnahmenseite und weniger um den Expansionsgrad der Finanzpolitik. Dennoch ist bereits in einem solchen Rahmen mit umfangreichen Maßnahmen zu rechnen, da sich der politische Gestaltungswille letztlich im Budget widerspiegelt. Zudem finden sich derzeit in der politischen Arena verschiedene Vorschläge, die Schuldenbremse zu reformieren, was auch die Abschätzung des

Tabelle 5
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen^a

	2021	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften^b			
Solidaritätszuschlag	-9,2	-1,4	-0,5
Zweites Familienentlastungsgesetz	-4,0	-3,7	-0,6
Temporäre Umsatzsteuersenkung	6,3	6,6	0,0
Umsatzsteuer Gastronomie	-3,5	0,3	2,9
Forschungszulagen	-1,7	-0,4	-0,1
Degressive AfA	-2,4	-3,5	0,4
Zweites Corona-Steuerhilfegesetz (übrige Elemente)	-1,9	-3,6	0,4
Abschreibung EDV	-1,2	-3,8	0,8
Anhebung Tabaksteuersätze	0,0	1,8	0,6
Fondsstandortgesetz und "Modernisierung" KSt	-0,8	-0,4	-0,1
Sonstige Steueränderungen	-3,3	-1,0	1,8
CO ₂ -Abgabe	7,7	1,3	1,3
Anhebung Rundfunkbeitrag	0,2	0,2	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anhebung Zusatzbeitrag in der GKV	3,2	0,0	0,0
Beitragssatz Pflegeversicherung	0,0	0,5	0,0
Beitragssatz Rentenversicherung	0,0	0,0	10,5
Beitragssatz Arbeitslosenversicherung	0,0	0,0	2,5
Insolvenzgeldumlage	0,6	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Soforthilfen von Bund und Ländern	18,0	0,0	0,0
November- und Dezemberhilfen	-15,0	15,0	0,0
Überbrückungshilfen I bis III	-27,0	26,0	2,0
Hilfen für Kunst und Kultur	-3,0	3,5	0,5
Kinderbonus	2,0	2,2	0,0
Corona-Einmalzahlung in den Grundsicherungssystemen	-1,5	1,5	0,0
Pflegebonus	0,0	0,5	0,0
Schutzausrüstung und Impfkampagne	-6,0	11,0	0,0
Subvention des Gesundheitssektors während Corona	-1,0	10,0	3,0
Krankenhauszukunftsfonds	-4,3	4,3	0,0
Kindergeldanhebung	-3,2	0,0	0,0
Zuschuss EEG-Umlage	-10,8	1,8	1,2
Kaufbonus E-Mobilität / Tank- und Ladeinfrastruktur	-1,8	-1,5	0,0
Entwicklungshilfe und Verteidigung	0,1	-2,5	3,5
Eigenkapitalhilfe DB AG	-2,0	2,0	0,0
Aufbauhilfe 2021 (Flut)	-2,0	-1,0	0,0
Nachhilfeförderung	-1,0	0,5	0,5
Förderung Kita und Ganztagsbetreuung	-1,5	0,5	2,0
Weitere Subventionen des Bundes	-10,8	-1,2	5,5
Einsparungen durch geringeren MWSt.-Sätze	-1,2	-0,3	0,0
Weitere Ausgaben ^c	-0,1	0,6	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Ausweitung der Kurzarbeit	2,0	3,0	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	-0,2	-0,2	-0,1
Pflegereform	0,0	-1,5	0,0
Weitere Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege ^d	-1,7	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1	-0,1
Grundrente	-1,3	0,0	0,0
Zwischensumme	-83,7	66,4	37,5
Automatische Reaktionen			
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	4,9	7,5	5,6
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-2,0	-1,7	-1,6
Summe	-80,8	72,2	41,5
In Relation zum BIP	-2,3	1,9	1,0

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. ^c U.a. Wohngeld, Arbeit-von-morgen-Gesetz, erleichterter Zugang zur Grundsicherung während Corona. ^d U.a. Terminservice- und Versorgungsgesetz, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz.

Quellen: Bundesfinanzministerium, Bundesgesundheitsministerium, Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Berechnungen und Schätzungen des IfW Kiel.

Expansionsgrads der Finanzpolitik schwierig macht.² Deshalb fließen in unsere Prognose nur die finanzpolitischen Maßnahmen ein, die derzeit bereits beschlossen sind, sich im Gesetzgebungsverfahren befinden oder aus dem derzeit geltenden Regelwerk abgeleitet werden können. Unberücksichtigt bleibt allerdings auch eine Reform der Rentenbesteuerung, die das Bundesverfassungsgericht im Juli 2021 angemahnt hat. Sie dürfte erhebliche Mindereinnahmen von mehreren Milliarden Euro mit sich bringen. Die Ausgestaltung soll in die kommende Legislaturperiode fallen. Der genaue Zeitpunkt und das Ausmaß der entsprechenden Einkommensteuerreform sind noch nicht absehbar.

Trotz zahlreicher expansiver Maßnahmen wirkt die Finanzpolitik wegen des Wegfalls von pandemiebedingten Ausgaben 2022 restriktiv. Viele der pandemiebedingten Maßnahmen entfallen und entlasten das Budget erheblich. Da in den vorangegangenen beiden Jahren aber nicht nur akute Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung und Abfederung der Pandemie bzw. der Pandemiefolgen durchgeführt wurden, sondern auch diverse Maßnahmen mittel- bis langfristig angelegt wurden, steht dem expansiven Impuls des Jahres 2021 ein kleinerer restriktiver Impuls im Jahr 2022 gegenüber. Insbesondere Investitionsprogramme sind über mehrere Jahre angelegt. Zudem werden die Steuerzahlenden im kommenden Jahr trotz höherer Tabaksteuern und eines Anstiegs der CO₂-Abgabe durch eine Vielzahl von Maßnahmen weiter entlastet, und Mehrausgaben sind im Pflegebereich anvisiert, die nur teilweise durch höhere Beitragseinnahmen kompensiert werden sollen. Auch ist mit Impulsen durch den Wiederaufbau nach den Flutschäden des Sommers 2021 zu rechnen. In der Summe gehen wir aber von einer deutlich positiven Budgetwirkung finanzpolitischer Maßnahmen von 66,4 Mrd. Euro aus. Zusätzlich automatischer Reaktionen belaufen sich die Budgetwirkungen auf 72,2 Mrd. Euro (1,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Die Finanzpolitik setzt im Jahr 2023 nochmals restriktive Impulse. Dann entfallen expansive

Maßnahmen aus den Vorjahren. Pandemiebedingte Ausgaben spielen unseren Annahmen folgend keine Rolle mehr. Zudem dürfte der Ausbau der in den vorangegangenen Jahren implementierten Programme in vielen Fällen abgeschlossen sein und keine weiteren Impulse mehr setzen. Zugleich werden voraussichtlich die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen deutlich steigen. Insbesondere in der Rentenversicherung ist ein Anstieg von 18,6 Prozent auf deutlich über 19 Prozent absehbar. Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung, der derzeit per Verordnung auf 2,4 Prozent reduziert ist, soll zu Jahresbeginn 2023 wieder auf 2,6 Prozent steigen. Zudem ist davon auszugehen, dass einige Krankenversicherungen die Zusatzbeiträge weiter anheben werden, da der in den Jahren zuvor deutlich erhöhte Bundeszuschuss in den Gesundheitsfonds wieder auf den Ausgangswert von 14,5 Mrd. Euro fallen wird. Die finanzpolitischen Maßnahmen dürften insgesamt das Budget um 37,5 Mrd. Euro entlasten. Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen durch die Progression in der Einkommensteuer und die fehlende Indexierung von Mengensteuersätzen ergeben sich 41,5 Mrd. Euro (1,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Lieferengpässe lasten auf Produktion

Lieferengpässe schränken die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe weiterhin massiv ein. Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe ist bereits seit Jahresanfang ins Stocken geraten. Während die Auftragseingänge weiter deutlich gestiegen sind und sich im Juli bereits wieder um rund 15 Prozent über ihrem Vorkrisenniveau befanden, ging die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zurück und lag rund 5 Prozent unterhalb ihres Niveaus vom Jahresanfang 2020. Maßgeblich dafür sind Lieferengpässe, die sich an unterschiedlichen Stellen der Produktionsketten bemerkbar machen. So ist es im Seeverkehr zu nachhaltigen Kapazitätsengpässen gekommen, die sich nicht zuletzt in

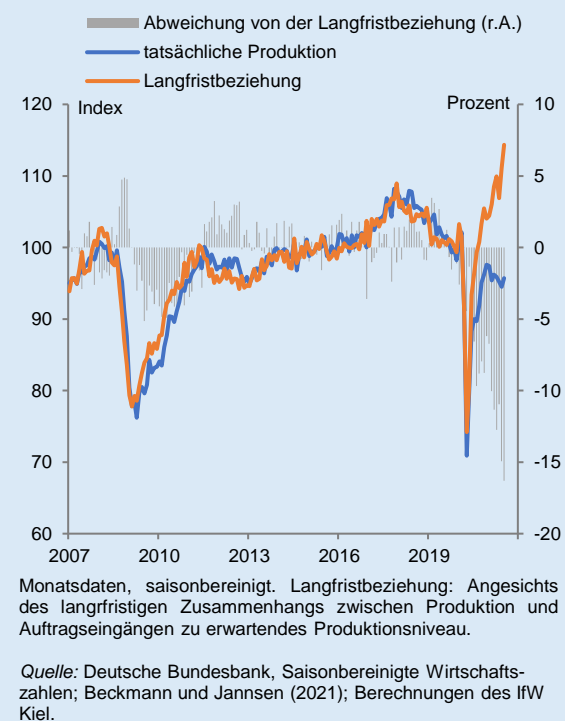
² Für das Jahr 2022 soll die Schuldenbremse auf Bundesebene nach dem aktuellen Haushaltsgesetzentwurf abermals ausgesetzt werden. Für das Jahr 2023 ist die Rückkehr zur Schuldenbremse anvisiert. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Bund über

Rücklagen in Höhe von fast 50 Mrd. Euro verfügt, die in den kommenden Jahren entsprechende zusätzliche Finanzierungsdefizite erlauben. Sollte zudem die Schuldenbremse abgeschafft oder reformiert werden, dürfte dies zur Planung zusätzlicher Defizite erfolgen.

explodierenden Frachtraten widerspiegeln. Auch gibt es einen Mangel an elektronischen Bauteilen. Dies behindert die Produktion in der Automobilbranche offenbar besonders stark. Eine Ursache für die Lieferengpässe ist, dass viele Unternehmen die Stärke der wirtschaftlichen Erholung nach der ersten Welle der Pandemie im vergangenen Jahr offenbar unterschätzt und ihre Bestellungen für Vorleistungen deutlich zurückgefahren hatten. Zudem hat die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern weltweit deutlich angezogen, da der Konsum der durch die pandemiebedingten Einschränkungen weniger verfügbaren kontaktintensiven Dienstleistungen spürbar zurückgegangen ist. Dadurch ist der Bedarf an elektronischen Bauteilen und knappen Frachtkapazitäten spürbar gestiegen, ohne dass das Angebot kurzfristig entsprechend ausgeweitet werden konnte. Hinzu kamen temporäre Störungen, wie die zwischenzeitliche Blockade des Suez-Kanals oder Corona-Ausbrüche in großen Häfen. Insgesamt liegt die Industrieproduktion derzeit schätzungsweise rund 15 Prozent unter dem Niveau, das angesichts der Auftragseingänge zu erwarten wäre. Allein seit Jahresbeginn haben die Lieferengpässe die Produktion wohl um rund 10 Prozent gedrückt (Abbildung 6).³

Besonders deutlich machen sich die Lieferengpässe in der Automobilbranche bemerkbar. Die Produktion in der Branche „Kraftwagen- und Kraftwagenteile“ lag zuletzt fast 30 Prozent unterhalb ihres Vorkrisenniveaus. Die Auftragseingänge befinden sich dagegen bereits seit einiger Zeit über dem Niveau vom Jahresanfang 2020. Nimmt man den langfristigen Zusammenhang zwischen Auftragseingängen und Produktion zum Maßstab, so weicht die derzeitige Produktion schätzungsweise rund 40 Prozent nach unten ab. Auch im Maschinenbau hinkt die Produktion deutlich hinter den Auftragseingängen hinterher, wenngleich in geringerem Ausmaß. Andere Branchen, wie die chemische Industrie, operieren dagegen in etwa auf ihrem zu erwartenden Produktionsniveau. Gesamtwirtschaftlich dürften sich die Lieferengpässe auch

Abbildung 6:
Tatsächliche Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und Langfristbeziehung mit den Auftragseingängen



bei den Exporten, den Ausrüstungsinvestitionen und den privaten Konsumausgaben bemerkbar machen, zumal sich Umfragen zufolge auch die Fertigwarenläger zunehmend leeren. Dabei behindern die Lieferengpässe in Deutschland die Produktion offenbar ungleich stärker als andersorts, wie beispielsweise den übrigen Ländern des Euroraums. Somit dürften sich die Engpässe bei importierten Ausrüstungs- und Konsumgütern weniger stark bemerkbar machen.

Die Lieferengpässe werden sich voraussichtlich erst nach und nach auflösen. Derzeit gibt es keine Hinweise darauf, dass die Lieferengpässe rasch wieder nachlassen werden. Im dritten Quartal haben sie offenbar sogar noch einmal zugenommen; so hat sich im August der Anteil der Unternehmen, die berichteten, dass ihre Produktion aufgrund eines Mangels an Rohstoffen oder Vormaterialien behindert wird, nochmals erhöht (Wohlrabe 2021). Für das vierte Quartal nehmen wir an, dass sich die Lieferengpässe in etwa auf dem Niveau des dritten

³ Zur Schätzmethodik siehe Beckmann und Janssen (2021). Auch im vergangenen Jahr dürften Lieferengpässe bereits die Produktion behindert haben. Zum Jahreswechsel 2020/2021 lag die Diskrepanz

zwischen dem zu erwartenden Produktionsniveau und der tatsächlichen Produktion gleichwohl noch innerhalb einer Bandbreite, die zum Teil auch in der Vergangenheit zu beobachten war.

Quartals bewegen werden. Demzufolge dürfte die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2021 insgesamt allein durch die seit Jahresbeginn zusätzlich aufgetretenen Engpässe um rund 7 Prozent bzw. rund 40 Mrd. Euro gedrückt werden. Sofern es nicht zu massiven Stornierungen kommt, handelt es sich dabei vor allem um Produktionsverzögerungen, die vorübergehend zu einem kräftigen Anstieg des Auftragsbestands führen, aber nicht um dauerhafte Einbußen. Für unsere Prognose unterstellen wir, dass sich die Lieferengpässe bis zur Mitte des Jahres 2022 wieder in etwa auf das Anfang des laufenden Jahres verzeichnete Niveau zurückbilden. Dafür spricht, dass sich die Nachfrage mit den nachlassenden pandemiebedingten Einflüssen wieder von langlebigen Konsumgütern hin zu Dienstleistungen verlagern dürfte. Dadurch würde der Bedarf an knappen Frachtkapazitäten und elektronischen Bauteilen wieder nachlassen. Zudem dürften die Unternehmen mehr und mehr ihre Produktionsketten an die neuen Bedingungen anpassen und die Anbieter von knappen Bauteilen ihre Produktion ausweiten. Vor diesem Hintergrund wird die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im kommenden Jahr wieder spürbar anziehen. Die zwischenzeitlich aufgebauten Auftragsbestände werden jedoch voraussichtlich erst nach und nach wieder abgebaut. So werden einige der Lieferengpässe aufgrund der Vielzahl der zugrundeliegenden Ursachen wohl noch längere Zeit Bestand haben. Zudem dürften angesichts des Umfangs der inzwischen aufgelaufenen Auftragsbestände Kapazitätsengpässe

bei den Produzenten wohl ein rasches Abarbeiten verzögern. Angesichts des hohen Auftragsbestands dürften sich zwischenzeitliche Schwächephasen bei den Auftragsengängen kaum in der Produktion niederschlagen.

Die wirtschaftliche Aktivität der konsumnahen Dienstleister fasst langsam wieder Tritt.

Nachdem im Winterhalbjahr der erneute Shutdown die Bruttowertschöpfung bei den konsumnahen Dienstleistern erheblich beeinträchtigt hatte, führten im zweiten Quartal die schrittweisen Lockerungen zu einer allmählichen Erholung. Allerdings war die Expansion im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr mit 1,1 Prozent noch sehr verhalten (Tabelle 6). Die Sonstigen Dienstleister, zu denen insbesondere Unternehmen der Kunst-, Unterhaltungs- und Sportbranche gehören, stagnierten sogar. Im laufenden Quartal dürfte die Wertschöpfung bei den konsumnahen Dienstleistern schließlich sehr kräftig ausgeweitet worden sein. Für den weiteren Verlauf ist maßgeblich, inwieweit der erwartete Wiederanstieg der Infektionszahlen die wirtschaftliche Aktivität in diesen Bereichen bremsen wird. Wir erwarten, dass im Winter bedingt durch das Pandemiegeschehen die Wertschöpfung nur verhalten steigen wird, bevor die Erholung im kommenden Jahr dann wieder an Kraft gewinnt. Somit wird die Wertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr voraussichtlich gegen Mitte des Jahres 2022 wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen. Bei den Sonstigen Dienstleistern dürfte dies etwas später, im Verlauf des zweiten Halbjahres 2022, der Fall sein.

Tabelle 6:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2021				2022	
	I	II	III	IV	I	II
Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent						
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	1,6	2,2	0,6	0,9	1,8
Bruttowertschöpfung	-1,0	1,0	2,2	0,6	0,9	1,8
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,0	-1,0	0,3	0,4	2,5	4,8
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-1,3	0,2	0,4	2,5	4,9
Baugewerbe	-5,2	0,1	0,2	0,9	0,7	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-2,7	1,1	5,2	0,2	0,5	2,3
Information und Kommunikation	0,0	1,5	1,5	1,0	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,5	1,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	0,0	0,8	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	0,2	1,3	2,5	1,7	1,1	1,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-0,1	3,8	3,2	0,6	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	2,7	0,0	6,4	1,0	1,0	3,0

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

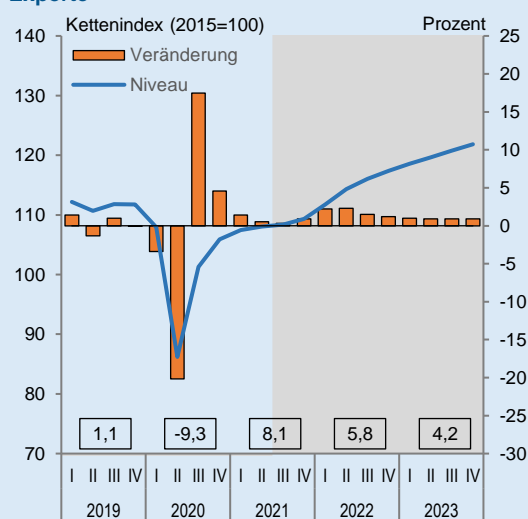
Außenhandel verliert vorübergehend an Dynamik

Lieferengpässe bremsen die Erholung des Außenhandels. Die Engpässe, die das Verarbeitende Gewerbe, und insbesondere die Automobilbranche, seit Jahresbeginn beklagt, haben sich offenbar bislang vor allem bei den Exporten bemerkbar gemacht. Sie expandierten im zweiten Quartal nur verhalten, nachdem sie bereits zu Jahresbeginn an Dynamik eingebüßt hatten. Dabei wurde die Nachfrage wohl vermehrt aus den Lägern bedient, deren Bestände Umfragen zufolge mittlerweile deutlich abgenommen haben.⁴ Insgesamt hat sich das Exportgeschäft noch etwas besser entwickelt als die Industrieproduktion. Die Importe stiegen aufgrund der hohen Nachfrage nach Konsum- und Vorleistungsgütern abermals deutlich, wenngleich ebenfalls mit einer geringeren Rate als im ersten Quartal. Im zweiten Halbjahr dürften die Warenexporte weiterhin von den Lieferengpässen gedämpft werden. Auch die Warenimporte dürften einen Rücksetzer erleiden. Dagegen wird wohl eine kräftige Erholung des Dienstleistungshandels einsetzen, der bislang die bis ins zweite Quartal reichenden pandemiebedingten Einschränkungen des Reiseverkehrs entgegenstand. Im weiteren Verlauf dürften die Engpässe nachlassen und der hohe Auftragsbestand aus dem Ausland allmählich abgearbeitet werden. Die Exporte steigen dementsprechend im Jahr 2022 mit kräftigen, aber abnehmenden Raten (Abbildung 7). Die Importe werden ebenfalls nur vorübergehend gedämpft und im weiteren Verlauf im Einklang mit der Erholung der Binnenkonjunktur spürbar ausgeweitet (Abbildung 8).

Im zweiten Quartal schwächelte vor allem der Außenhandel mit Kfz-Produkten. Die nominalen Importe und Exporte von Investitionsgütern, insbesondere von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen, gingen im zweiten Quartal zurück, nachdem sie sich bereits im ersten Quartal schwach entwickelt hatten. In der Automobilbranche haben sich die Lieferengpässe Umfragen zufolge besonders stark bemerkbar gemacht. Der nominale Warenhandel mit Vorleistungs- und

⁴ Die gesamtwirtschaftlichen Vorratsveränderungen sind ausweislich des Statistischen Bundesamtes dagegen zuletzt gestiegen. Für diese Verwendungskomponente liegen dem Statistischen Bundesamt jedoch

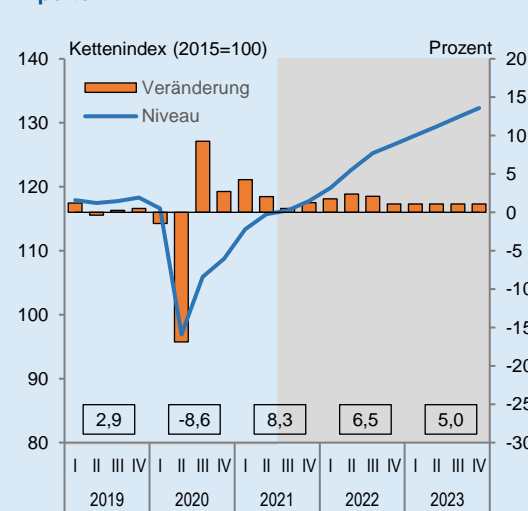
Abbildung 7: Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 8: Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Konsumgütern expandierte dagegen kräftig; insbesondere bei den Vorleistungsgütern haben dazu allerdings auch kräftige Preisanstiege bei-

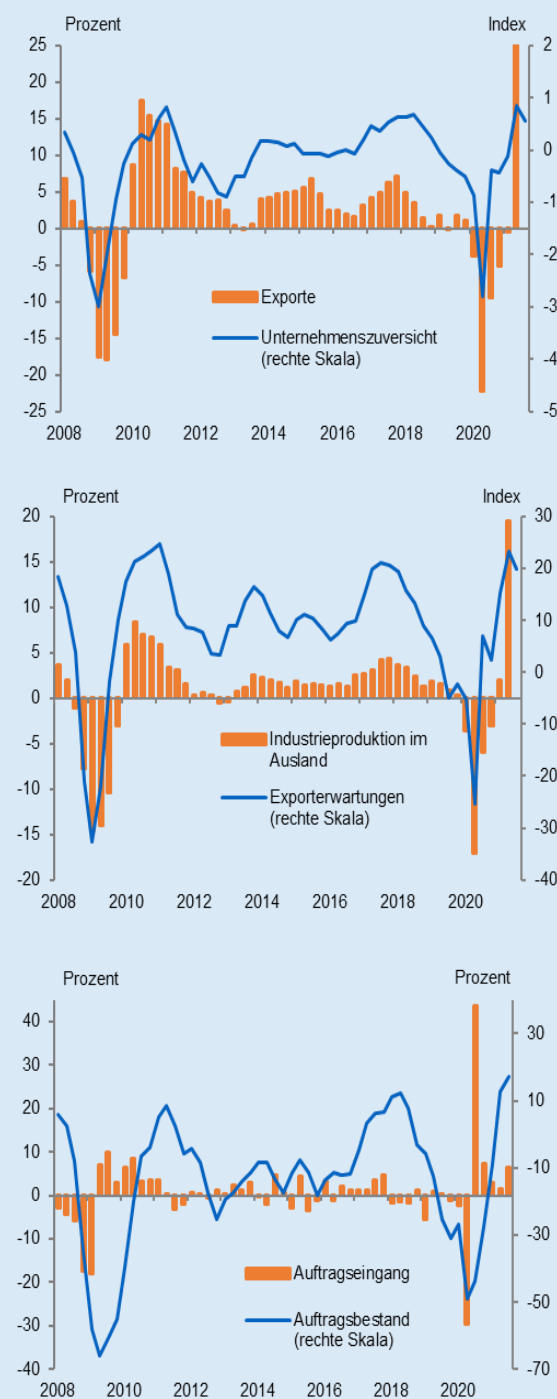
erst mit einiger Verzögerung Erhebungsdaten vor, so dass sie nur bedingt ökonomisch interpretierbar sind.

getragen. Aus regionaler Sicht wurden im zweiten Quartal vor allem die nominalen Warenexporte in den Euroraum und in die übrige Europäische Union deutlich ausgeweitet; sie haben ihr Vorkrisenniveau bereits wieder überschritten. Der Absatz in die Drittstaaten stagnierte dagegen zuletzt wertmäßig in etwa und liegt noch leicht unter dem Niveau des vierten Quartals 2019. Zwar wurden die Exporte in die Vereinigten Staaten erneut ausgeweitet und die Lieferungen in die europäischen Staaten außerhalb der EU stiegen kräftig, auch weil offenbar die Brexitbedingten Rückgänge vom Jahresbeginn wieder aufgeholt wurden. Dagegen gingen die Exporte nach Asien zurück. Ein neuerlicher Anstieg der Infektionszahlen hatte die wirtschaftliche Aktivität in mehreren Ländern der Region spürbar beeinträchtigt (Gern et al. 2021).

In der zweiten Jahreshälfte belasten Lieferengpässe weiter das Exportgeschäft. Zwar liegen die Auftragseingänge aus dem Ausland bereits seit Ende des vergangenen Jahres über ihrem Vorkrisenniveau und sind bis zuletzt gestiegen (Abbildung 9). Allerdings konnten die Exporte nicht zuletzt aufgrund der Lieferengpässe bislang nicht mit der Nachfrage aus dem Ausland schritthalten. Jene dürften das Exportgeschäft auch im zweiten Halbjahr weiter dämpfen, zumal die Lagerbestände mittlerweile offenbar stark abgenommen haben. Auch die Monatsdaten im Spezialhandel deuten auf ein schwaches drittes Quartal hin. Zudem verschlechterten sich die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe und die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern zuletzt, wenngleich sie nach wie vor ein hohes Niveau aufweisen.

Die Erholung der Exporte nimmt Anfang des Jahres 2022 wieder deutlich Fahrt auf. Mit dem allmählichen Abklingen der produktionsbehindernden Knappheiten kann der hohe Auftragsbestand aus dem Ausland nach und nach abgearbeitet werden. Auch vom Neugeschäft dürften weiterhin kräftige Impulse ausgehen, denn die wirtschaftliche Aktivität in den Abnehmerländern wird auch im kommenden Jahr kräftig steigen und der Exportnachfrage Schwung verleihen, bevor sich die Dynamik im Jahr 2023 verlangsamt (Abbildung 10). Zusätzlich wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nach den Einbußen im laufenden Jahr in den kommenden beiden Jahren etwas stimulieren (Abbildung 11). Al-

Abbildung 9: Exportindikatoren

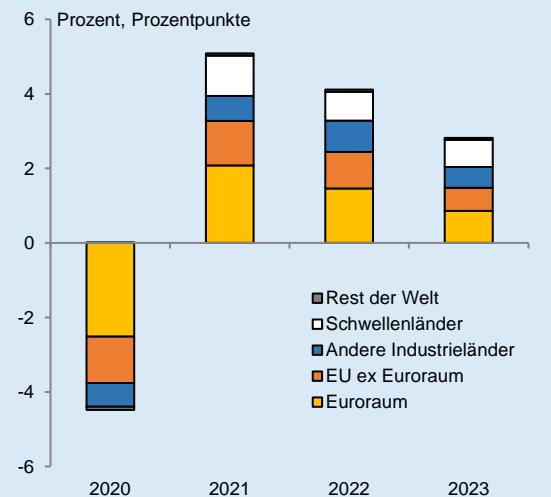


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

les in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Exporte von 8,1 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von 5,8 bzw. 4,2 Prozent in den Jahren 2022 und 2023.

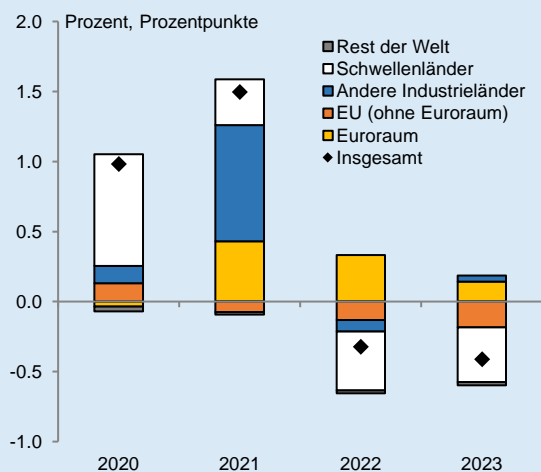
Abbildung 10:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 11:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2020*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Die Importdynamik nimmt zeitweilig ab. Die Erholung der Warenimporte ist im Verhältnis zu den anderen Verwendungskomponenten bereits überproportional fortgeschritten; ihr Vorkrisenniveau haben sie bereits deutlich überstiegen. Allerdings zeichnet sich für das laufende Quartal ein deutlicher Rückgang ab. So sind sie im Juli gemäß der preisbereinigten Monatsdaten im Spezialhandel eingebrochen, und auch der Kiel Trade Indicator deutet auf ein schwaches drittes Quartal hin.⁵ Gleichzeitig werden die Dienstleistungsimporte, die noch mehr als ein Fünftel unter ihrem Vorkrisenniveau liegen und daher erhebliches Aufholpotenzial bergen, aufgrund der Lockerung pandemiebedingter Restriktionen im Reiseverkehr stark steigen. Für die Importe insgesamt rechnen wir im dritten Quartal mit einem leichten Anstieg. Im weiteren Verlauf nehmen sie wieder mit höheren Raten zu und legen vor allem im kommenden Jahr im Einklang mit der Binnenkonjunktur kräftig zu. Im laufenden Jahr werden sie insgesamt wohl um 8,3 Prozent steigen. Für die Jahre 2022 und 2023 rechnen wir mit einem Anstieg von 6,5 bzw. 5,0 Prozent

Die Export- und Importpreise steigen vorübergehend stark. Der Preisauftrieb im Außenhandel war im zweiten Quartal so stark wie nie zuvor in den vergangenen 30 Jahren. Die Importpreise steigen bereits seit einem Jahr aufgrund der Erholung der Rohstoffpreise merklich und zuletzt mit zunehmender Dynamik. Maßgeblich ist die Preisentwicklung bei den Rohstoffen und Vorleistungsgütern. Die Teuerung zeigt sich seit Jahresbeginn auch bei den Exporten deutlich, wenn auch in geringerem Maße. Die Preise von exportierten Dienstleistungen stiegen noch stärker an als die der Waren, da sich hier die drastisch gestiegenen Frachtraten im Seeverkehr unmittelbar niederschlagen.⁶ Im laufenden Quartal hat sich diese hohe Dynamik gemäß der monatlichen Preise im Außenhandel wohl fortgesetzt und die Terms of Trade dürften sich weiter verschlechtern haben. Im weiteren Verlauf nimmt der Preisdruck gegeben unserer Wechselkurs- und

⁵ Siehe [Kiel Trade Indicator](#).

⁶ Deutschland ist Nettoexporteur von Transportleistungen im Seeverkehr. Im Jahr 2019 hatte die Seefracht einen Anteil von reichlich 8 Prozent an den

Dienstleistungsexporten, aber von nur 2 Prozent an den Dienstleistungsimporten. Daher schlagen sich die drastisch erhöhten Frachtraten deutlich stärker im Deflator der Exporte nieder.

Rohstoffpreisannahmen ab.⁷ Die Terms of Trade dürften sich zunächst weiter verschlechtern. Für den Verlauf des kommenden Jahres rechnen wir mit einer leichten Verbesserung, da dann die Ölpreise unseren Annahmen zufolge leicht zurückgehen werden. Vor diesem Hintergrund verschlechtern sich die Terms of Trade um 2,2 Prozent im laufenden Jahr; im kommenden Jahr ergibt sich eine Verschlechterung um 1,6 Prozent. Im Jahr 2023 dürften sie sich um etwa 0,5 Prozent verbessern.

Der rückläufige Trend der Leistungsbilanzüberschüsse setzt sich fort. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt war ausgehend von seinem Höchststand im Jahr 2015 von 8,6 Prozent geschrumpft und lag im Jahr 2020 bei rund 7 Prozent. Im laufenden Jahr legt das Exportvolumen zwar stärker zu als das Importvolumen, allerdings wirkt die Verschlechterung der Terms of Trade einem Anstieg des Leistungsbilanzsaldos entgegen und er wird sich voraussichtlich auf 6,6 Prozent leicht verringern. Im übrigen Prognosezeitraum dürfte er sich weiter zurückbilden, auf etwas unter 6 Prozent in den Jahren 2022 und 2023. Zu diesem Rückgang trägt vor allem die Verschlechterung der Terms of Trade im kommenden Jahr bei. Der Saldo der Vermögenseinkommen aus dem Ausland hat keinen größeren Einfluss auf die Veränderung der Leistungsbilanz.

Die Erholung bei der heimischen Absorption zieht sich hin

Die heimische Absorption ist nach den pandemiebedingten Einbußen im Winterhalbjahr wieder im Aufwind. Im zweiten Quartal legte sie um mehr als 2 Prozent zu, nachdem sie in den beiden Vorquartalen noch deutlich zurückgegangen war; insbesondere, wenn man von dem positiven Beitrag der äußerst volatilen Vorratsveränderungen im Winterhalbjahr absieht. Maßgeblich für die Erholung war, dass die privaten Konsumausgaben mit den spürbar nachlassenden Belastungen durch die Pandemie kräftig ausgeweitet wurden. Die Bruttoanlageinvestitionen zogen dagegen nur mäßig an. Liefer- sowie

Materialengpässe dürften einem stärkeren Anstieg entgegengewirkt haben. Im dritten Quartal wird sich die Erholung, insbesondere bei den privaten Konsumausgaben, wohl zunächst in recht hohem Tempo fortsetzen. Für das Winterhalbjahr mehren sich jedoch die Zeichen, dass sie vorübergehend wieder an Schwung verlieren wird. So dürfte die vierte Welle der Corona-Pandemie den Aufholprozess in den besonders anfälligen kontaktintensiven Branchen bremsen, wenn auch angesichts des Impffortschritts bei weitem nicht in dem Ausmaß früherer Pandemiewellen. Auch werden sich die Liefer- und Materialengpässe wohl nur allmählich lösen und die Aktivität bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen vorerst weiter spürbar dämpfen. Im kommenden Frühjahr, wenn es zu keinen nennenswerten wirtschaftlichen Belastungen durch die Pandemie mehr kommt und auch die Liefer- und Materialengpässe nachlassen – so unsere Annahmen –, wird sich die Erholung wieder in höherem Tempo fortsetzen. Insgesamt dürfte die heimische Absorption nach dem Rückgang um 4 Prozent im Jahr 2020 im laufenden Jahr um 2,4 Prozent und im kommenden Jahr um 5,3 Prozent zulegen.

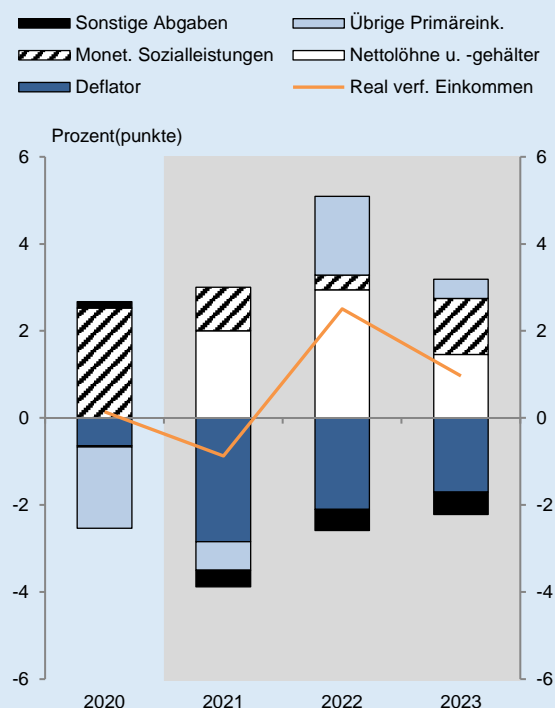
Die hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind nicht zuletzt aufgrund staatlicher Transfers im Krisenjahr 2020 sogar leicht gestiegen. Allerdings blieb der Anstieg spürbar hinter den in den Vorjahren verzeichneten Zuwächsen zurück. Im laufenden Jahr zeigt sich die wirtschaftliche Erholung in wieder höheren Einkommenszuwächsen. So zieht die Lohnsumme mit der Besserung am Arbeitsmarkt wieder recht kräftig um knapp 3 Prozent an, auch wenn die Erholung hier erst mit etwas Verzögerung voll zur Geltung kommt. Die monetären Sozialleistungen steigen um 3 Prozent ausgehend von dem krisenbedingt ausgesprochen hohen Niveau im Vorjahr. Die privaten Haushalte profitieren zudem von Entlastungen durch die öffentliche Hand, etwa der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden dagegen wohl noch einmal zurückgehen. Sie reagieren erfahrungsgemäß

⁷ Wir unterstellen zudem eine allmähliche Normalisierung der Frachtraten im Seeverkehr im Laufe des Jahres 2022.

erst mit etwas Verzögerung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr wohl um 2 Prozent steigen. Für das kommende Jahr, wenn die wirtschaftliche Erholung voll zum Tragen kommt, rechnen wir mit einem deutlich beschleunigten Anstieg um 4,6 Prozent (Abbildung 12). Im Jahr 2023 dürften sie um 2,7 Prozent zulegen. Die sehr hohen Preisanstiege für Konsumgüter belasten die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen jedoch spürbar. Angesichts des sich abzeichnenden Anstiegs des Deflators der privaten Konsumausgaben um fast 3 Prozent – ein so kräftiger Preisschub wurde seit mehr als 25 Jahren nicht mehr verzeichnet – geht die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr sogar zurück. Auch im kommenden Jahr dürfte der Preisaufrtrieb von mehr als 2 Prozent die Kaufkraft im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich stark belasten.

Im Sommerhalbjahr haben die privaten Haushalte ihren Konsum deutlich ausgeweitet. Im Verlauf des zweiten Quartals nahmen die pandemiebedingten Einschränkungen spürbar ab, und der private Konsum legte in der Folge um reichlich 3 Prozent zu (Abbildung 13). Die Umsätze im Einzelhandel nahmen dabei mit knapp 5 Prozent in höherem Tempo zu und lagen damit merklich über ihrem Vorkrisenniveau. Auch in besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen, wie dem Gastgewerbe, setzte eine kräftige Erholung ein. In diesen Branchen befanden sich die Umsatzniveaus jedoch noch deutlich unterhalb ihres Stands von Anfang 2020. Insgesamt lagen die privaten Konsumausgaben im zweiten Quartal immer noch rund 8 Prozent unterhalb ihres Vorkrisenniveaus, so dass weiter großes Aufholpotenzial besteht. Im dritten Quartal werden die Konsumausgaben voraussichtlich nochmals in hohem Tempo zulegen. Zwar kam es bei den Einzelhandelsumsätzen im Juli zu einem Rücksetzer; vor allem die Umsätze im Onlinehandel gingen merklich zurück. Insgesamt bewegten sich die Einzelhandelsumsätze aber immer noch deutlich oberhalb des Niveaus vom Jahresanfang 2020. Jedoch dürften sich die Erholung in den besonders betroffenen kontaktintensiven Branchen in hohem Tempo fortgesetzt haben, da die pandemiebedingten Belastungen im Vergleich zum zweiten Quartal insgesamt noch einmal deutlich abgenommen haben. Dies zeigt sich

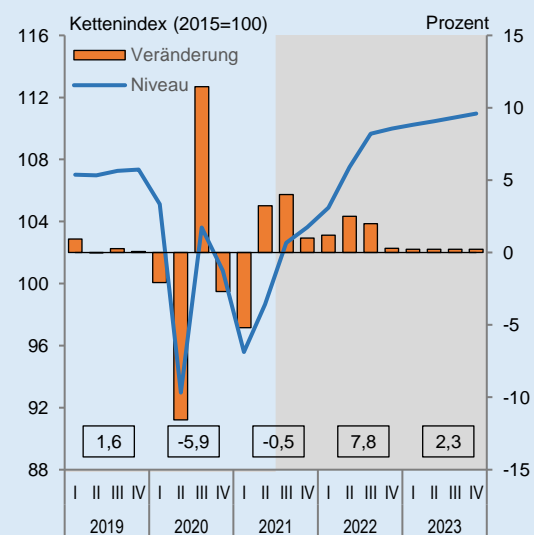
Abbildung 12:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 13:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

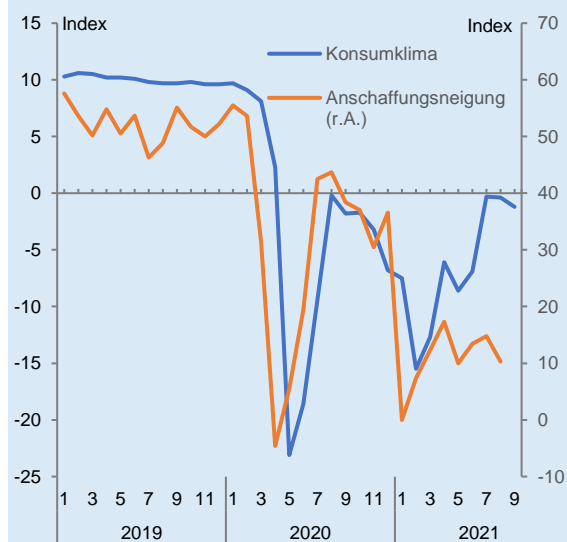
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

auch in der Umfragen zufolge noch einmal deutlich besseren Geschäftslage im Juli und August in einigen dieser Branchen sowie in dem im Vergleich zum zweiten Quartal deutlich höheren Passantenaufkommens in deutschen Innenstädten.⁸

Im Winterhalbjahr wird der Anstieg des Infektionsgeschehens die Erholung voraussichtlich bremsen. Auch wenn es wohl nicht noch einmal neue Geschäftseinschränkungen durch öffentliche Maßnahmen zum Infektionsschutz geben wird, werden das wieder stärkere Pandemiegeschehen die Erholung beim Konsum voraussichtlich bremsen. Denn es dürften dazu beitragen, dass sich die privaten Haushalte aus Vorsorge oder aufgrund der noch geltenden Infektionsschutzmaßnahmen bei bestimmten Aktivitäten vorerst noch zurückhalten. Dadurch würden vor allem die Branchen belastet, die ohnehin besonders betroffen sind - wie dem Gastgewerbe sowie Kulturdienstleistungen und anderen Freizeitaktivitäten - und bei denen das weitere Aufholpotenzial noch besonders groß ist. Dafür spricht auch, dass die Absatzerwartungen in einigen Dienstleistungsbranchen zuletzt wieder deutlich pessimistischer eingeschätzt wurden. Auch das Konsumklima und insbesondere die Anschaffungsneigung der Haushalte befindet sich immer noch deutlich unterhalb ihrer Vorkrisenniveaus und deuten darauf hin, dass es noch einige Zeit braucht bis sich die Konsumaktivität wieder vollständig normalisiert (Abbildung 14). Hinzu kommt, dass in einigen Branchen, insbesondere der Automobilbranche, die Produktion derzeit aufgrund von Lieferengpässen nicht mit der Nachfrage Schritt halten kann. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass sich die Erholung in etwas langsamerem Tempo fortsetzt und noch etwas länger hinziehen wird als von uns im Sommer erwartet, als wir von einer weitgehenden Normalisierung der Konsumaktivitäten zum Abschluss des dritten Quartals ausgegangen waren. Nun rechnen wir damit, dass die privaten Konsumausgaben im kommenden Frühjahr wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen. Nach dem Rückgang von 5,9 Prozent im Jahr 2020 werden die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr insgesamt wohl noch mal leicht

rückläufig sein. Die Erholung zeigt sich erst Jahresergebnis für 2022, für das wir einen Anstieg um rund 8 Prozent erwarten.

Abbildung 14:
GFK Konsumklima



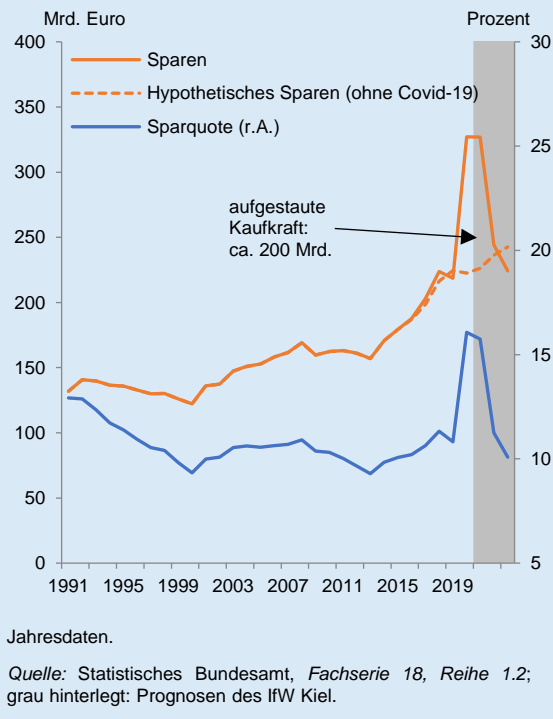
Monatswerte: saisonbereinigt.

Quelle: GfK.

Die privaten Haushalte haben seit dem Beginn der Pandemie in großem Umfang zusätzliche Ersparnisse angehäuft. Mit dem Beginn der Pandemie ist die Sparquote der privaten Haushalte auf ein Rekordniveau gestiegen, da die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben deutlich zurückgefahren haben, während die verfügbaren Einkommen vor allem aufgrund staatlicher Unterstützungsmaßnahmen kaum zurückgegangen sind (Abbildung 15). Im zweiten Quartal lag die Sparquote mit 16,8 Prozent immer noch deutlich über ihrem Vorkrisenniveau von rund 11 Prozent. Seitdem hat sich bei den privaten Haushalten mehr als 200 Mrd. Euro an Kaufkraft aufgestaut; dies entspricht etwa 12 Prozent der Konsumausgaben im Jahr 2019. Mit der sich fortsetzenden Erholung dürfte sich die Sparquote rasch wieder normalisieren und sich ihrem Vorkrisenniveau annähern. Sofern die privaten Haushalte Teile der zusätzlichen Ersparnis für Konsumzwecke aufwenden, würde die Sparquote vorübergehend unterhalb ihres Vorkrisenniveaus gedrückt werden.

⁸ Vgl. IfW-Datenmonitor. <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/die-corona-krise/datenmonitor-corona-krise/>.

Abbildung 15:
Sparen und Sparquote der privaten Haushalte

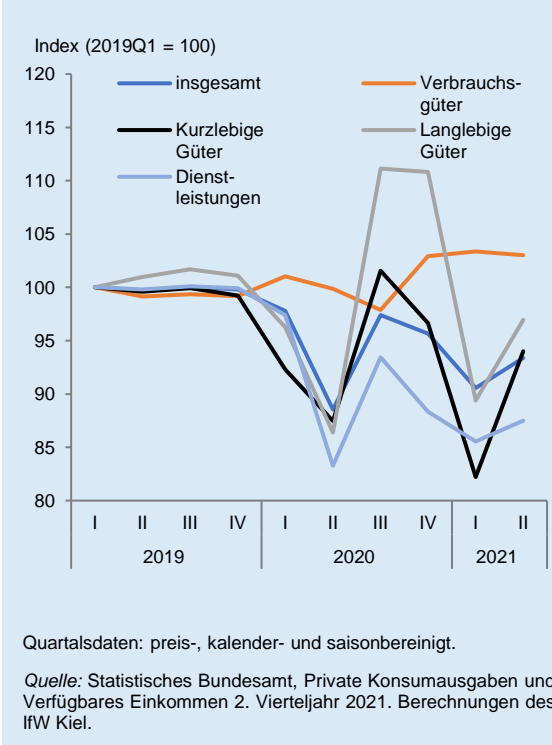


Umfang wie in der Vergangenheit in einer geringeren Nachfrage niederschlagen werden. Allerdings ist die zusätzliche Ersparnis zu größeren Teilen von Haushalten gebildet worden, die ohnehin eine hohe Sparneigung aufweisen (Deutsche Bundesbank 2021). Auch hat sich der geringere Konsum vor allem in den Dienstleistungsbranchen niedergeschlagen, während die Ausgaben für langlebige Konsumgüter nach der kräftigen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 im vergangenen Jahr insgesamt keine Einbußen zu verzeichnen hatten, so dass der Nachholbedarf hier gering ist (Abbildung 16).⁹ Der Konsum von Dienstleistungen kann jedoch nur zum Teil nachgeholt werden und ist zeitintensiver, so dass sich dort Nachholeffekte wohl in geringerem Umfang einstellen und über einen längeren Zeitraum hinziehen werden. In diesem Zusammenhang deuten empirische Studien darauf hin, dass sich Nachholeffekte in der Vergangenheit nach Schwächephasen besonders bei langlebigen Gütern eingestellt haben, während die Erholung bei den Dienstleistungen längere Zeit in

In welchem Umfang die privaten Haushalte ihre zusätzlich gebildete Ersparnis für den Konsum verwenden werden, ist offen. Die zusätzliche Ersparnis hat das Vermögen der privaten Haushalte erhöht. Die Auswirkungen eines Anstiegs der Vermögenswerte auf die privaten Konsumausgaben waren insbesondere in Deutschland in der Vergangenheit sehr gering (de Bondt et al. 2019). Allerdings ist die zusätzliche Ersparnisbildung der privaten Haushalte nicht freiwillig erfolgt und sofern sie die dadurch bislang noch sehr liquide aufgestaute Kaufkraft zu größeren Teilen wie zusätzliches Einkommen verwenden, würde dies für einen kräftigen Anstieg der Konsumnachfrage sprechen. In der Tat deuten Umfragen daraufhin, dass die privaten Haushalte planen, einen Teil dieser zusätzlichen Ersparnis für Konsumzwecke zu verwenden (Deutsche Bundesbank 2021). Auch dürfte die Zahlungsbereitschaft der Haushalte durch diese Finanzreserven – zumal die Konsummöglichkeiten über einen längeren Zeitraum eingeschränkt waren – steigen, so dass sich kräftige Preissteigerungen voraussichtlich nicht im selben

⁹ Zu den starken Schwankungen dürfte auch die temporäre Mehrwertsteuererhöhung beigetragen haben,

Abbildung 16:
Konsum nach Dauerhaftigkeit der Güter



die dazu geführt hat, dass Konsum in die zweite Jahreshälfte 2020 verlagert worden ist.

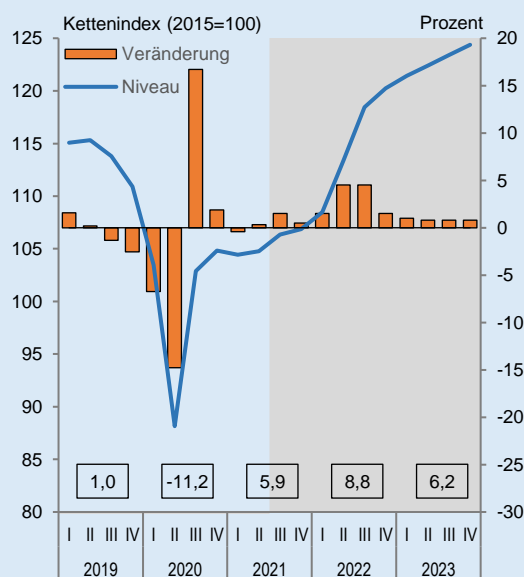
Anspruch genommen hat (Beraja and Wolf 2021).¹⁰ Zudem könnte ein Teil der aufgestauten Kaufkraft für Immobilien oder die Rückführung von Krediten aufgewendet werden. Schließlich könnten insbesondere Soloselbstständige und Kleinunternehmen, deren Ersparnisse in der Krise aufgezehrt wurden, ihre Ersparnisbildung mit der wirtschaftlichen Besserung zunächst wieder erhöhen. Vor diesem Hintergrund nehmen wir für unsere Prognose an, dass im Prognosezeitraum nur ein kleiner Teil der aufgestauten Kaufkraft für Konsumzwecke aufgewendet wird. Im Jahr 2023 dürfte die Sparquote demzufolge mit 10,1 Prozent rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte unterhalb des Niveaus aus dem Jahr 2019 liegen.¹¹

Der öffentliche Konsum war in der ersten Jahreshälfte von den Lockdown-Maßnahmen geprägt. Während er in nominaler Rechnung in beiden Quartalen nahezu gleichmäßig leicht expandierte, kam es in preisbereinigter Rechnung zu einem deutlichen Minus im ersten Quartal und zu einem sehr kräftigen Plus im zweiten. Während viele Kinderbetreuungseinrichtungen in den ersten Monaten des Jahres geschlossen blieben oder nur einen Notbetrieb durchführten, konnten viele Betriebe im Verlauf des zweiten Quartals in den Regelbetrieb zurückkehren. Da es auch im zweiten Quartal noch zu Einschränkungen in Kinderbetreuungseinrichtungen kam, spricht dies für einen weiteren Anstieg im dritten Quartal. Allerdings dürften viele pandemiebedingte Maßnahmen, die zum Teil bereits im vergangenen Jahr den öffentlichen Konsum nach oben getrieben haben, sukzessive entfallen, so dass wir für den weiteren Verlauf des Jahres und die erste Hälfte des kommenden Jahres mit einem Rückgang rechnen. Danach dürfte der öffentliche Konsum dem langfristigen Trend folgend wieder zulegen, was maßgeblich steigenden Gesundheits- und Pflegeausgaben geschuldet ist.

Die Erholung der Unternehmensinvestitionen verzögert sich, gewinnt dann aber stark an Tempo. Nachdem die Unternehmensinvestitionen zu Jahresbeginn aufgrund der

Pandemielage noch rückläufig waren, expandierten sie im zweiten Quartal mit 0,6% verhalten. Einer stärkeren Expansion dürften hier vor allem die Lieferengpässe bei den Investitionsgüterproduzenten entgegengestanden haben. So lagen die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland zuletzt bereits wieder merklich über ihrem Vorkrisenniveau. Die Ausrüstungsinvestitionen blieben dagegen hinter dem Niveau des vierten Quartals des vergangenen Jahres zurück (Abbildung 17). Da sich die Engpässe voraussichtlich erst nach und nach auflösen werden, dürften sie auch im zweiten Halbjahr die Investitionstätigkeit der Unternehmen noch merklich bremsen. Für das laufende Quartal sprechen aber die monatlichen Produktionszahlen und die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller zumindest für eine leichte Beschleunigung gegenüber dem zweiten Quartal. Mit dem Nachlassen der Produktionsbehinderungen und im

Abbildung 17:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

¹⁰ So zeigen Beraja und Wolf (2021) für die Vereinigten Staaten, dass es nach dämpfenden geldpolitischen Maßnahmen in der Vergangenheit recht rasch zu Nachholeffekten bei langlebigen Konsumgütern kam, während sich die Konsumausgaben für Dienstleistungen nur allmählich wieder ihrem alten Niveau annäherten. Allgemein sind langlebige Konsumgüter

im Konjunkturverlauf deutlich zyklischer als Dienstleistungen (z.B. Casalis und Krustev 2020).

¹¹ Diese Annahme ist konsistent mit Szenarien, in denen etwas mehr als 25 Prozent der aufgestauten Kaufkraft über einen längeren Zeitraum von 4 Jahren in den privaten Konsum fließt (vgl. Deutsche Bundesbank 2021).

Zuge der kräftigen wirtschaftlichen Erholung im In- und Ausland dürften dann insbesondere die Investitionen in Ausrüstungsgüter deutlich an Fahrt aufnehmen und sich gegen Ende des kommenden Jahres wieder ihren Vorkrisenpfad annähern. Ebenso werden die – zyklisch weniger reagiblen – Investitionen in gewerbliche Bauten in den kommenden Quartalen wohl leicht beschleunigt ausgeweitet werden. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg der Unternehmensinvestitionen im laufenden Jahr um 3,1 Prozent (Tabelle 7). In den kommenden beiden Jahren dürften sie mit Raten von 6,2 bzw. 4,6 Prozent expandieren.

Tabelle 7:
Anlageinvestitionen

	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen	-2,2	2,5	5,1	4,2
Unternehmensinvestitionen	-5,5	3,1	6,2	4,6
Ausrüstungen	-11,2	5,9	8,8	6,2
Wirtschaftsbau	-0,7	0,3	1,2	0,8
Sonstige Anlagen	1,0	0,8	5,8	4,8
Wohnungsbau	3,4	2,0	3,9	3,7
Öffentlicher Bau	4,9	-0,6	0,1	1,9
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	1,2	2,8	2,8

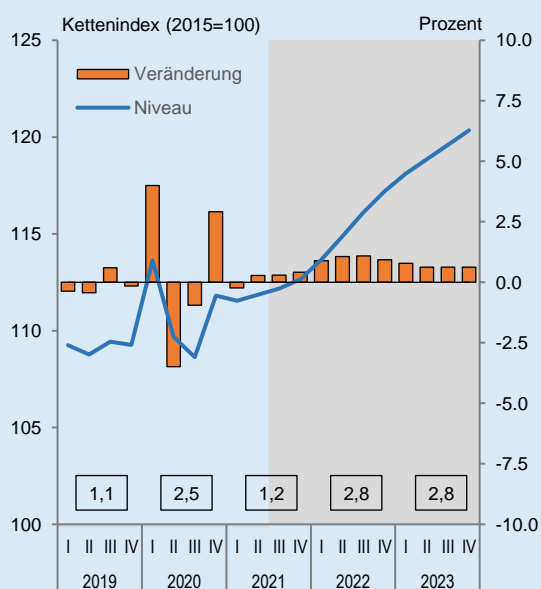
Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Materialengpässe führen zu Rekordpreisanstiegen in der Bauwirtschaft. Nach dem kräftigen Anstieg am Ende des vergangenen Jahres stagnierten die Bauinvestitionen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres annähernd (Abbildung 18). Während im ersten Quartal die Mehrwertsteuererhöhung sowie ungünstige Witterungsbedingungen belastet haben dürften, dämpften im zweiten Quartal wohl zunehmende Materialengpässe die Bauproduktion. So stieg der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, die von Behinderungen aufgrund von Materialengpässen berichten, von März bis Juni von gut 6 auf über 44 Prozent. zuletzt haben sich diese Engpässe zwar etwas verringert. Im August betrafen sie allerdings immer noch rund 37 Prozent der Bauunternehmen. Darüber hinaus waren die Auftragseingänge zuletzt rückläufig – wenngleich die Auftragsbestände sich nach wie vor auf sehr hohem Niveau befinden – und die

Bauproduktion lag im Juli leicht unterhalb des Niveaus vom Vorquartal. Wir erwarten daher, dass die Bauinvestitionen im laufenden Quartal nur verhalten ausgeweitet werden. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Materialengpässe aber weiter zurückgehen und die stimulierenden Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft, darunter nicht zuletzt die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, wieder stärker zum Tragen kommen. Insbesondere der Wohnungsbau wird dann voraussichtlich wieder kräftig expandieren, da dort die Auftragsbücher besonders gut gefüllt sind und der Bedarf nach Wohnraum wohl weiterhin hoch bleiben wird. Insgesamt rechnen wir mit einem Anstieg der Bauinvestitionen von 1,2 Prozent im laufenden Jahr und Anstiegen von jeweils knapp 3 Prozent in den Jahren 2022 und 2023. Die Materialengpässe beim Bau sowie die stark anziehenden Rohstoffpreise schlagen sich in merklich höheren Preisen nieder. So dürfte der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr um voraussichtlich rund 6 Prozent zunehmen und damit so kräftig wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland

Abbildung 18:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

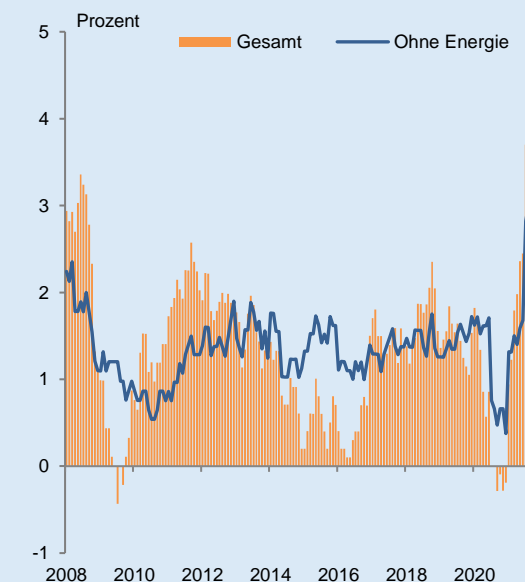
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Die Inflation bleibt vorerst hoch

Die Inflation befindet sich auf historisch hohem Niveau. Die Verbraucherpreise haben in den vergangenen Monaten kräftig angezogen. Im August lag die Inflationsrate bei 3,9 Prozent (Abbildung 19). Ein so hoher Wert wurde zuletzt im Jahr 1993 verzeichnet. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferten die Rohstoffpreise, die sich ausgehend von ihren niedrigen Niveaus des Vorjahres wieder normalisierten. Die Energiekomponente der Verbraucherpreise, die im Warenkorb rund 10 Prozent ausmacht, lag im August um mehr als 10 Prozent oberhalb ihres Vorjahreswertes. Dort machen sich zusätzlich die preisteigernden Effekte der zu Jahresbeginn eingeführten CO₂-Steuer bemerkbar. Ohne Energie lag die Inflation mit 3 Prozent ebenfalls auf historisch hohem Niveau. Hier kommt seit Juli – im Vorjahresvergleich – die zur Mitte des vergangenen Jahres für sechs Monate temporär gesenkte Mehrwertsteuer zum Tragen, die für sich genommen die Rate um mehr als 1 Prozentpunkt erhöhen dürfte. Aber auch davon unberücksichtigt zog die Inflation zuletzt recht kräftig an. So legten die Preise für einige besonders von der Pandemie betroffene Güter, wie den „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“, deutlich zu. Bislang bewegen sich die Preise dort mit den jüngsten Anstiegen jedoch nur etwas oberhalb ihres Vorkrisenpfads. Auch die Fahrzeugpreise stiegen zuletzt überdurchschnittlich stark. Hier könnte die Angebotsverknappung aufgrund der Lieferengpässe bei den Automobilherstellern eine Rolle spielen.

Die Pandemie dürfte eher preissteigernd wirken. Die Pandemie hat zu einem abrupten Rückgang des privaten Konsums geführt. Allerdings war dies weniger durch eine allgemein geringere Nachfrage bedingt – was für sich genommen für preisdämpfende Effekte sprechen würde – sondern vor allem Folge der öffentlichen und privaten Infektionsschutzmaßnahmen. In diesem Zusammenhang spricht auch die derzeit pandemiebedingt niedrige gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nicht für preisdämpfende Effekte. Ihr Zusammenhang mit der Preisentwicklung – die anhand von Phillips-Kurven-Ansätzen abgeschätzt werden kann – wird normalerweise

Abbildung 19:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken;
Berechnungen des IfW Kiel.

ohnehin als vergleichsweise gering eingeschätzt (Deutsche Bundesbank 2016). Stattdessen sprechen die Einflüsse der Pandemie im derzeitigen Umfeld sogar eher für stärker steigende Preise. So dürften viele Unternehmen in den von der Pandemie besonders gebeutelten Branchen angesichts der Einnahmeeinbußen dazu tendieren, ihre Preise anzuheben.¹² Dies gilt umso mehr, da die Zahlungsbereitschaft der privaten Haushalte – angesichts der seit dem Beginn der Pandemie zusätzlich gebildeten Ersparnis und der nun bereits für längere Zeit eingeschränkten Konsummöglichkeiten – wohl vergleichsweise hoch ist. Die Lieferengpässe tragen zu Preiserhöhungen bei. Zwar ist der Beitrag einiger der besonders betroffenen Kostenstellen zu den gesamten Produktionskosten zum Teil recht gering. Allerdings können die Engpässe über eine spürbare Verknappung des Angebots (wie bei der Automobilproduktion aufgrund eines Mangels an elektronischen Bauteilen) oder durch eine Kostenexplosion (wie bei den Frachtraten im Schiffsverkehrsverkehr) gleichwohl sichtbaren Einfluss auf die Erzeugerpreise nehmen. Inwieweit Kostensteigerungen an die Verbraucher weitergereicht

¹² Ein ähnliches Kalkül ließ sich auch während der globalen Finanzkrise beobachten, in der Firmen mit

Liquiditätsgapen offenbar eher dazu tendierten, ihre Preise anzuheben (Gilchrist et al. 2017).

werden, hängt auch von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Derzeit dürften insbesondere finanziell angeschlagene Unternehmen eher dazu tendieren, höhere Kosten weiterzureichen, vor allem wenn die Nachfrage angesichts der hohen Kaufkraft eher weniger sensitiv auf Preiserhöhungen reagiert.¹³

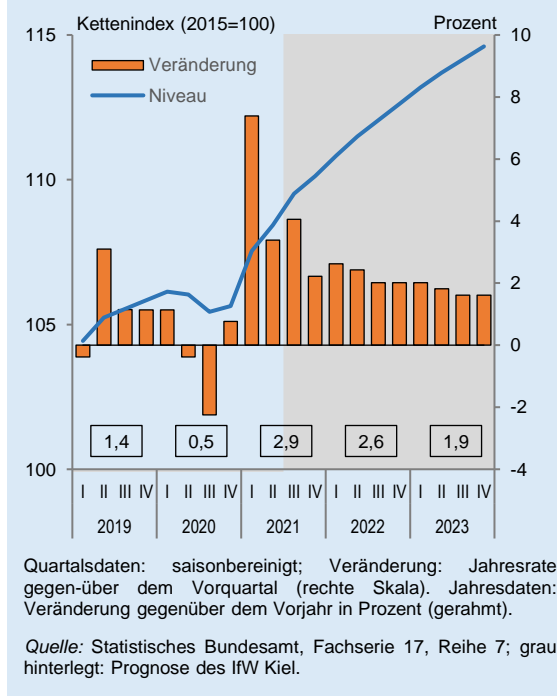
Der Preisauftrieb bleibt weiter hoch. In dem derzeit recht inflationsfreundlichen Umfeld dürften die Verbraucherpreise vorerst weiter spürbar aufwärtsgerichtet bleiben. Für das dritte Quartal zeichnet sich angesichts der bis August vorliegenden Monatsdaten bereits ein sehr kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise um 1 Prozent (saison- und kalenderbereinigt) gegenüber dem Vorquartal ab (Abbildung 20). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Inflationsrate von knapp 4 Prozent. Auch danach dürfte der Preisauftrieb vorerst überdurchschnittlich hoch bleiben. So haben die Erzeugerpreise zuletzt kräftig angezogen. Erzeugerpreisanstiege werden für gewöhnlich erst mit einiger Verzögerung an die Verbraucher weitergereicht (Koester et al. 2021).

Zudem dürfte der Preisdruck auch seitens der Importpreise noch für einige Zeit hoch bleiben. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im laufenden Jahr wohl um knapp 3 Prozent und im kommenden Jahr um 2,6 Prozent zulegen. Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einer deutlich niedrigeren Rate von knapp 2 Prozent. Dies ist auch der Annahme geschuldet, dass die Rohstoffpreise im Prognosezeitraum in etwa unverändert bleiben werden, so dass die preissteigernden Effekte der jüngsten Anstiege mit der Zeit auslaufen.

Abbau der Kurzarbeit lässt Effektivverdienste spürbar zulegen

Die Tarifverdienste legen vorerst nur sehr moderat zu. Die Tarifverdienstzuwächse (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) werden im laufenden Jahr mit 1,5 Prozent krisenbedingt erneut schwächer ausfallen (2019: 2,9 Prozent, 2020: 2,2 Prozent). Für das Jahr 2022 rechnen wir mit einer nur moderaten Beschleunigung auf 1,8 Prozent, da sich die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität erst mit Verzögerung bei den Tarifverdiensten widerspiegeln wird. Einer höheren Tariflohndynamik im laufenden Jahr steht nicht zuletzt der diesjährige Abschluss in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie entgegen. Nach der Nullrunde im vergangenen Jahr wurde für Juni 2021 eine Corona-Prämie in Höhe von 500 Euro und für Februar 2022 eine Einmalzahlung in Höhe von 18,4 Prozent eines Monatsgehalts (sog. Transformationsgeld) vereinbart. Bezogen auf das Kalenderjahr steigt das Tarifgehalt dadurch im kommenden Jahr weniger stark als im laufenden Jahr, selbst wenn mit der nächsten Tarifrunde im Herbst 2022 eine überdurchschnittlich hohe Abschlussrate vereinbart wird. Im Jahr 2023 dürfte sich die wirtschaftliche Erholung dann deutlich stärker bei den Tarifverdiensten bemerkbar machen; wir rechnen mit einem merklichen Plus von insgesamt 2,9 Prozent (Tabelle 8).

Abbildung 20: Verbraucherpreise



¹³ Beckmann et al. (2021b). Für einen ausführlichen Überblick über die derzeit wichtigsten Einflussfaktoren auf die Inflation.

Tabelle 8:
Löhne und Produktivität

	2020	2021	2022	2023
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	1,5	1,8	2,9
Effektivlöhne	3,4	0,9	2,3	3,2
Lohndrift	1,3	-0,6	0,5	0,3
Lohnkosten	4,0	0,7	1,8	3,2
Arbeitsproduktivität	0,4	0,8	2,0	1,6
Lohnstückkosten	3,6	-0,1	-0,2	1,6
Lohnstückkosten (real)	1,9	-2,1	-1,7	-0,3
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	1,5	1,8	2,9
Effektivlöhne	-0,1	2,8	4,0	3,3
Lohndrift	-2,3	1,2	2,1	0,3
Lohnkosten	0,4	2,5	3,5	3,4
Arbeitsproduktivität	-3,8	2,6	3,9	1,7
Lohnstückkosten	4,3	-0,1	-0,3	1,6
Lohnstückkosten (real)	2,7	-2,0	-1,9	-0,3

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts..

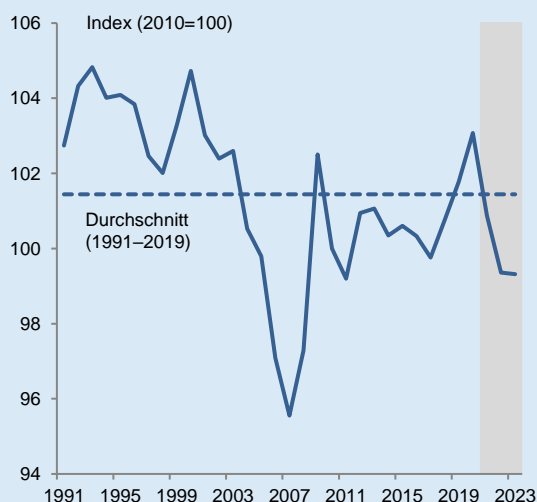
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Effektivverdienste steigen deutlich schneller als die Tarifverdienste. Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) werden im laufenden und kommenden Jahr deutlich stärker zulegen als die Tarifverdienste, nachdem sie im vergangenen Jahr stagniert hatten. Grund für die hohen Schwankungen ist die Kurzarbeit (Groll 2020), die mit Ausbruch der Krise im Frühjahr des vergangenen Jahres zunächst massiv ausgeweitet und seitdem – mit zwischenzeitlichem Wiederanstieg um die Jahreswende – deutlich abgebaut wurde. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres wurde die Kurzarbeit um 40 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurückgefahren (gemessen am Beschäftigtenäquivalent). Dies hätte für einen kräftigen Anstieg der Effektivverdienste gesprochen. Diese stagnierten allerdings nur (saisonbereinigt zum Vorquartal). Wir gehen davon aus, dass die Effektivverdienste im Prognosezeitraum wieder deutlich stärker auf den Abbau der Kurzarbeit reagieren. Für eine hohe Lohndynamik spricht ebenfalls, dass Arbeitskräfteknappheiten wieder deutlich an Bedeutung

gewonnen haben. So lag im dritten Quartal der Anteil der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, die Arbeitskräftemangel als Produktionshindernis beklagen, mit 26,2 Prozent nur noch geringfügig unterhalb seines Allzeithochs im zweiten Quartal 2018. Auch im Dienstleistungsbereich ist die bisherige Höchstmarke in Reichweite gekommen, im Bau wurde sie sogar erreicht. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von 2,8 Prozent (2021), 4,0 Prozent (2022) und 3,3 Prozent (2023).

Die realen Lohnstückkosten bilden sich rasch zurück. Da die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen deutlich sank, während die Lohnkosten je Arbeitnehmer sogar leicht stiegen, legten die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr mit 4,3 Prozent sehr kräftig zu, und damit deutlich schneller als die heimische Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts). Nach bereits überdurchschnittlich hohen Anstiegen in den beiden vorangegangenen Jahren erreichten die realen Lohnstückkosten damit ein Niveau, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre verzeichnet wurde (Abbildung 21). Im laufenden und im kommenden Jahr werden sie mit der Erholung der Arbeitsproduktivität allerdings wieder schnell sinken.

Abbildung 21:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Arbeitsmarkt erholt sich weiter

Die Kurzarbeit wurde seit Februar massiv reduziert. Von Februar bis Juni sank die Zahl der Kurzarbeiter deutlich von 3,4 Mill. auf 1,6 Mill. Personen, und der durchschnittliche Arbeitsausfall von 57 auf 44 Prozent. Damit fiel das in Verbindung mit Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitsvolumen in diesem Zeitraum um 63 Prozent. Entsprechend kräftig legte vom ersten zum zweiten Quartal die Arbeitszeit je Arbeitnehmer um 1,8 Prozent zu. Sowohl die bis Ende August bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen zur Kurzarbeit als auch die Schätzung des ifo Instituts laut monatlicher Konjunkturumfrage deuten auf einen weiteren, spürbaren Abbau der Kurzarbeit im Juli und August in einer Größenordnung von insgesamt 50 Prozent hin, so dass die Arbeitszeit je Arbeitnehmer im dritten Quartal ähnlich stark zugelegt haben dürfte wie im zweiten Quartal.

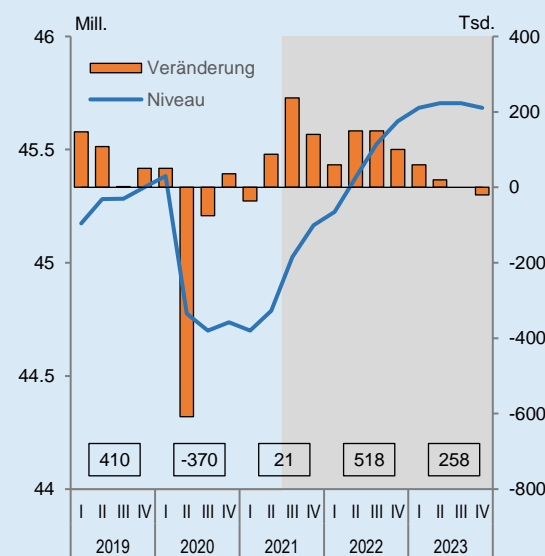
Die Erwerbstätigkeit hat begonnen, sich substanziell von der Corona-Krise zu erholen. Nach dem drastischen Einbruch im Frühjahr des vergangenen Jahres stagnierte die Erwerbstätigkeit bis Mai dieses Jahres im Großen und Ganzen. Im Juni und Juli stieg die Zahl der Erwerbstätigen dann spürbar um (saisonbereinigt) 83 000 bzw. 100 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Hierzu trugen im Juni sowohl die sozialversicherungspflichtige als auch die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung bei (Zahlen für Juli liegen noch nicht vor). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm in allen Wirtschaftsbereichen zu, insbesondere im Gastgewerbe, wo der höchste (saisonbereinigte) Monatsanstieg seit Ausbruch der Krise verzeichnet wurde. Die Zahl der Selbständigen ist im zweiten Quartal zwar weiter gesunken, allerdings mit deutlich geringerem Tempo als noch in den Vorquartalen.

Die Arbeitslosigkeit reduzierte sich zuletzt beschleunigt. Während die Arbeitslosigkeit zwischen Februar und April lediglich stagnierte, bildete sie sich danach sehr kräftig zurück. Im Juli wurde mit -90 000 Personen der höchste Monatsrückgang seit rund 15 Jahren verzeichnet. Im August waren saisonbereinigt 2,54 Mill. Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Quote: 5,5 Prozent). Während die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversiche-

rung) nicht mehr weit von ihrem Vorkrisenniveau entfernt ist, hat es im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung) noch keine nennenswerte Erholung gegeben.

Die Erwerbstätigkeit setzt ihre Erholung fort, wenngleich das Tempo zunächst nachlassen dürfte. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat sich in den vergangenen Monaten weiter erhöht und liegt ausweislich des ifo Beschäftigungsbarometers auf im langjährigen Vergleich außerordentlich hohem Niveau. Das gleiche gilt für die Einschätzungen der lokalen Arbeitsagenturen zur künftigen Entwicklung der Beschäftigung in der kurzen Frist (IAB-Arbeitsmarktbarometer) sowie für die Zahl der gemeldeten offenen Stellen. Wir rechnen vor diesem Hintergrund für das laufende dritte Quartal mit einem sehr deutlichen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um saisonbereinigt rund 240 000 Personen gegenüber dem Vorquartal (Abbildung 22). Im Winterhalbjahr wird das Tempo wegen der gedämpften wirtschaftlichen Erholung vorübergehend nachlassen, um im Verlauf des kommenden Jahres mit Anziehen der Erholung wieder zuzunehmen. Im Jahr 2023 dürfte sich bemerkbar machen, dass dann – unserer Schätzung zufolge – das Arbeitskräfteangebot seinen Zenit

Abbildung 22: Erwerbstätige



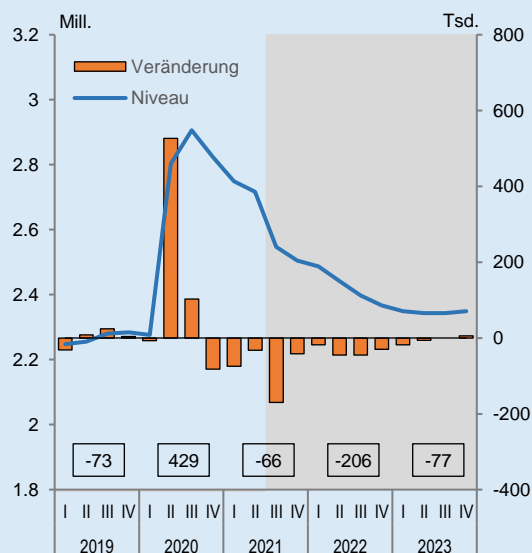
Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

erreicht haben wird. Ähnlich wie sich in der akuten Phase der Krise ein Großteil des Stellenverlusts nicht in einer steigenden Arbeitslosigkeit, sondern in einem sinkenden Arbeitskräfteangebot zeigte, speist sich während der Erholung ein Großteil des Stellenaufbaus aus einem steigenden Arbeitskräfteangebot. Entsprechend sinkt die Arbeitslosigkeit weniger stark, als die Beschäftigung zunimmt (Abbildung 23). Die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit dürfte auf jahresdurchschnittlich 5,7 Prozent (2021) und 5,3 Prozent (2022) sinken, nach 5,9 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 9). Für das Jahr 2023 rechnen wir nur noch mit einem leichten Rückgang auf 5,1 Prozent. Die international standardisierte Erwerbslosenquote nach dem ILO-Konzept dürfte – ausgehend von 3,6 Prozent im vergangenen Jahr – auf 3,4 Prozent (2021), 3,0 Prozent (2022) und 2,8 Prozent (2023) sinken.¹⁴

Abbildung 23:
Arbeitslose 2018–2022



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 9:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2019	2020	2021	2022	2023
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.539	59.454	60.526	62.365	62.812
Erwerbstätige (Inland)	45.268	44.898	44.919	45.437	45.694
Selbständige	4.151	4.038	3.932	3.945	3.968
Arbeitnehmer (Inland)	41.117	40.860	40.987	41.492	41.727
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.537	33.577	33.914	34.337	34.542
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.575	4.273	4.118	4.225	4.255
Pendlersaldo	143	95	132	145	145
Erwerbstätige (Inländer)	45.126	44.803	44.787	45.292	45.549
Arbeitnehmer (Inländer)	40.974	40.765	40.855	41.347	41.582
Registrierte Arbeitslose	2.267	2.695	2.629	2.423	2.346
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	5,7	5,3	5,1
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,0	3,6	3,4	3,0	2,8

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

¹⁴ Aufgrund einer technischen und methodischen Neugestaltung des Mikrozensus bzw. der Arbeitskräfteerhebung, auf deren Basis die ILO-Erwerbslosigkeit erhoben wird, kam es jüngst zu einer substantiellen, bis Anfang des Jahres 2020 rückreichenden Abwärtsrevision der ILO-Erwerbslosenquote, die sich im ersten

Quartal 2021 auf rund 0,7 Prozentpunkte bezifferte. In der Folge fallen unsere Prognosewerte systematisch geringer aus als in unserer Sommerprognose. Die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit ist hiervon nicht betroffen.

Öffentliche Haushalte erholen sich vom Corona-Einschlag

Die Ausgaben des Staates werden im laufenden Jahr abermals kräftig zulegen. Insbesondere die Subventionen werden nochmal deutlich ausgeweitet, nachdem sich deren Volumen im Vorjahr bereits mehr als verdoppelt hatten. Viele Hilfszahlungen für von der Krise betroffene Unternehmen und Selbständige flossen erst im laufenden Jahr ab und zudem wurden die Überbrückungshilfen sukzessive aufgestockt und die Bezugszeiträume verlängert. Subventionen erhalten im Zuge der Krise weiterhin Krankenhäuser und mit der Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitgeber, die Kurzarbeit angemeldet haben. Zudem fließen erhebliche Mittel des Energie- und Klimafonds in die Stabilisierung der EEG-Umlage, und viele Programme mit dem Ziel der Dekarbonisierung starten oder werden ausgeweitet. Wegen der Förderprogramme ist auch ein merkliches Plus bei den Vermögensübertragungen, in das auch die Eigenkapitalerhöhung der Deutsche Bahn AG einzahlt, zu erwarten. Die Arbeitnehmerentgelte expandieren etwas langsamer als im Vorjahr, in dem es auch angesichts gesundheitspolitischer Maßnahmen zu einem deutlichen Stellenaufbau kam. Das Plus bei den Vorleistungskäufen, das auf einer zweistelligen Zuwachsrate im Vorjahr aufbaut, reflektiert die in diesem Jahr noch fortdauernden Ausgaben im Zuge der Krise, insbesondere der Impfkampagne und der Schutzmaskenbeschaffung. Ebenso zeigt sich noch kein deutlicher Rückprall bei den monetären Sozialleistungen, die im vorangegangenen Jahr von der Kurzarbeit hochgefahren wurden. Zwar sinken die Ausgaben für die Kurzarbeit, doch steigt das Kindergeld, es werden zusätzliche Corona-Hilfen an Personen in der Grundsicherung ausgezahlt und die Ausgaben der Rentenversicherung steigen für das Gesamtjahr merklich an trotz der annähernden Nullrunde bei den Rentenerhöhungen zur Mitte des Jahres. Bei den sozialen Sachleistungen ist ein höheres Plus angelegt, da viele medizinische Behandlungen, die im vergangenen Jahr aufgeschoben wurden, zumindest in der zweiten Jahreshälfte wieder regulär stattfinden können. Die sonstigen laufenden Übertragungen legen ebenfalls merklich zu, was vordringlich auf höhere Eigenmittelzahlungen an die EU zurückzuführen

ist. Die Bruttoinvestitionen steigen hingegen wohl kaum, weil die Ausrüstungsinvestitionen nach einem immensen Plus im Vorjahr nun stagnieren dürften und weil mit keinem so starken Lageraufbau wie im vergangenen Jahr zu rechnen ist. Weiterhin im Sinkflug sind die Zinsausgaben des Staates. In der Summe steigen die Ausgaben um 6,2 Prozent nach 9,6 Prozent im Vorjahr auf 1818 Mrd. Euro (Tabelle 10).

Die Einnahmen steigen durch die Erholung spürbar. Die wirtschaftliche Dynamik und das Ende der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung sorgen für ein deutliches Plus bei den Steuereinnahmen. Insbesondere die Körperschaftsteuer zeigt sich seit Jahresbeginn sehr stark trotz verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten. Gedämpft wird der Anstieg der Steuereinnahmen allerdings von der Verschiebung des Einkommensteuertarifs und der Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags zu Beginn des Jahres. Die Beitragseinnahmen legen auch merklich zu, aber deutlich weniger stark als die Steuereinnahmen trotz höherer Zusatzbeiträge einiger Krankenversicherungen. Die Beitragseinnahmen haben ein geringeres Aufholpotenzial als die Steuereinnahmen, weil sie im Vorjahr trotz der Krise noch zulegen konnten. Schließlich wird es durch einen Anstieg der Verkäufe des Staates und ersten Zahlungen der EU im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms zu einem Plus bei den sonstigen Einnahmen kommen. Insgesamt legen die Einnahmen des Staates mit 5 Prozent deutlich zu. Da der Anstieg der Ausgaben aber höher ausfällt, steigt das Budgetdefizit im Jahr 2021 auf 173 Mrd. Euro (4,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Sowohl die Einnahmenquote als auch die Ausgabenquote des Staates nehmen zu.

Im Jahr 2022 dürften die Staatsausgaben rückläufig sein. Eine Vielzahl von Corona-Maßnahmen wird entfallen. Die Subventionen werden mit dem Auslaufen von Unternehmenshilfen wohl merklich sinken, auch wenn sie weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau bleiben werden. Die Vorleistungskäufe dürften auch angesichts der Schließung von Impfzentren ebenfalls hinter dem Vorjahr zurückbleiben, und die monetären Sozialleistungen werden wegen des Rückgangs der Kurzarbeit, sinkender Arbeitslosigkeit und des Wegfalls von Corona-Sonderzahlungen nur wenig expandieren. Dass die monetären

Tabelle 10:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2018–2022 (Mrd. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	1.613,8	1.566,9	1.645,1	1.738,2	1.832,6
→relativ zum BIP	46,5	46,5	46,7	46,2	46,7
Steuern	827,4	773,4	825,7	875,7	924,6
→relativ zum BIP	23,8	23,0	23,4	23,3	23,5
Sozialbeiträge	598,2	607,9	628,1	655,7	694,2
→relativ zum BIP	17,2	18,1	17,8	17,4	17,7
Sonstige Einnahmen	188,2	185,5	191,3	206,8	213,9
→relativ zum BIP	5,4	5,5	5,4	5,5	5,4
Ausgaben	1.562,7	1.712,1	1.818,2	1.803,4	1.861,5
→relativ zum BIP	45,0	50,8	51,6	47,9	47,4
Arbeitnehmerentgelt	272,7	284,1	292,9	300,3	308,2
Vorleistungen	184,2	209,8	218,5	212,9	224,3
Soziale Sachleistungen	299,9	310,1	325,0	338,3	350,6
Bruttoinvestitionen	83,7	90,9	91,6	96,4	101,3
Geleistete Vermögenseinkommen	27,3	21,0	18,6	17,0	16,2
Monetäre Sozialleistungen	546,6	595,1	614,3	620,6	647,2
Subventionen	30,9	71,3	110,4	65,6	57,2
Sonstige laufende Übertragungen	74,7	82,5	89,5	91,8	94,5
Vermögensübertragungen	43,5	48,0	58,1	61,1	62,5
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	51,1	-145,2	-173,2	-65,2	-28,8
→relativ zum BIP	1,5	-4,3	-4,9	-1,7	-0,7
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1047,0	1001,9	1057,5	1117,6	1174,4
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.045,9	1.000,7	1.056,3	1.116,4	1.173,2
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.005,0	1.112,1	1.201,2	1.167,2	1.189,2
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	882,3	970,7	1.049,1	1.025,9	1.051,1
Transfers an die Sozialversicherung	122,8	141,4	152,1	141,3	138,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	42,0	-110,2	-143,7	-49,7	-14,8
Einnahmen der Sozialversicherung	690,7	717,8	747,7	763,4	797,5
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	568,0	576,3	595,6	622,1	659,5
Ausgaben der Sozialversicherung	681,6	752,8	777,1	778,9	811,6
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	680,5	751,6	776,0	777,7	810,4
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	9,1	-35,0	-29,5	-15,6	-14,0

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Sozialleistungen überhaupt steigen, geht auf eine kräftige Rentenanpassung zur Mitte des Jahres zurück. Die Arbeitnehmerentgelte werden wohl schwächer zulegen als in den Vorjahren, da sich der Personalaufbau nicht im erhöhten Tempo fortsetzen wird. Ebenfalls langsamer als zuvor dürften die laufenden Übertragungen angesichts der vorliegenden Planungen für die EU-Eigenmittelzahlungen zunehmen. Die Vermögenstransfers dürften nach den starken Zuwächsen in den Vorjahren im kommenden Jahr kaum noch expandieren. Die sozialen Sachleistungen werden hingegen wohl mit den langfristigen Trends in Gesundheit und Pflege merklich zulegen. Die Bruttoinvestitionen dürften wieder

kräftiger steigen, auch um in den Flutregionen zerstörte Infrastruktur wiederherzustellen. Insgesamt werden die Ausgaben um rund 1 Prozent sinken.¹⁵

Die Einnahmen des Staates werden 2022 beschleunigt zunehmen. Die Steuereinnahmen profitieren auch im kommenden Jahr deutlich von der Erholung, während Steuerrechtsänderungen für sich genommen das Aufkommen mindern. Insgesamt dürften sie um über 7 Prozent steigen. Die Sozialbeiträge legen ebenfalls deutlich zu, bleiben aber hinter der Dynamik der Bruttolöhne und -gehälter zurück, da im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Beiträge wegen

¹⁵ Einen Rückgang der Staatsausgaben hat es in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands bisher nur nach außergewöhnlichen Ausgabenanstiegen

im Vorjahr gegeben wie der Übernahme der Treuhand im Jahr 1995 oder die Einrichtung der Bad Banks im Jahr 2010.

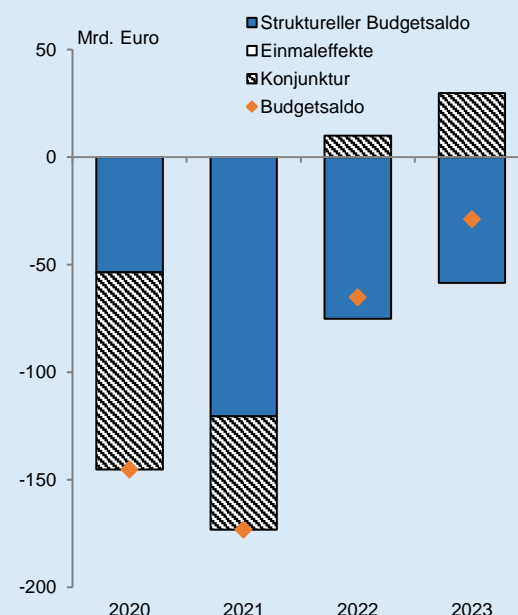
Kurzarbeit entrichtet werden. Die Einnahmen steigen zudem wegen der Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrags für einen Teil der Versicherten. Die sonstigen Einnahmen legen deutlich zu, weil pandemiebedingte Einschränkungen die Verkäufe des Staates, z.B. die Maut, nicht mehr behindern und zugleich die Zahlungen im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms weiter zunehmen. In der Summe dürften Einnahmen des Staates um 5,7 Prozent auf 1738 Mrd. Euro (46,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) klettern. Das Budgetdefizit sinkt damit wohl deutlich auf rund 65 Mrd. Euro (1,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2023 sinkt das Defizit der Gebietskörperschaften deutlich – der Budgetsaldo der Sozialversicherungen bleibt nahezu unverändert. Die Steuereinnahmen dürften merklich schneller steigen als die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Dies ist zum einen konjunkturbedingt und zum anderen verlieren die Impulse der mittelfristig angelegten Ausgabenprogramme, wie dem Zukunftspaket, an Fahrt, so dass die Ausgaben mit geringerem Tempo zulegen. Auch sollen die Zuschüsse an die Sozialversicherungen, insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung reduziert werden. Die Sozialversicherungen dürften 2023 vor spürbaren finanziellen Herausforderungen stehen. Während die gesetzlichen Krankenversicherungen einen geringeren Bundeszuschuss kompensieren müssen, steigen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung wegen zunehmender Renteneintritte und hoher Rentenanpassungen in den Jahren 2022 und 2023 deutlich. Es ist damit zu rechnen, dass der Rentenbeitragssatz kräftig angehoben werden muss. Planmäßig dürfte zudem der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung steigen und einige Krankenkassen dürften die Zusatzbeiträge anpassen. Dennoch werden die Sozialversicherungen in etwa wohl bei dem gleichen Defizit verharren wie im Vorjahr (14 Mrd. Euro nach knapp 16 Mrd. Euro im Jahr 2022), obwohl das gesamtstaatliche Defizit deutlich auf 28,8 Mrd. Euro sinken dürfte. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt läge der Budgetsaldo dann bei -0,7 Prozent.

Mit dem Ende der Corona-Maßnahmen bessert sich der strukturelle Budgetsaldo. Nach einem weiteren Anstieg des strukturellen Defizits

im laufenden Jahr, sinkt es in den Folgejahren mit dem Auslaufen von Unternehmenshilfen und anderen pandemiebedingter Ausgaben. Allerdings bleibt der strukturelle Saldo wohl auch im Jahr 2023 deutlich mit -1,4 Prozent im Defizit und ist damit erheblich niedriger als vor Beginn der Krise, als der Gesamtstaat seit dem Jahr 2013 strukturell im Überschuss war (Abbildung 24).

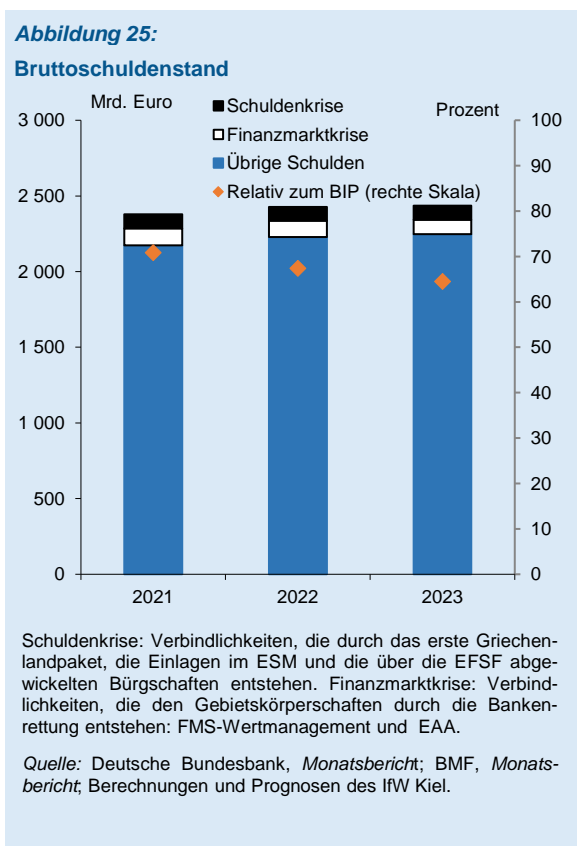
Abbildung 24:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Die Bruttoschuldenstandsquote dürfte schnell wieder Richtung 60 Prozent fallen. Nach dem starken Anstieg im vergangenen Jahr um rund 10 Prozentpunkte dürfte die Bruttoschulden in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr trotz des höheren Budgetdefizits nur noch wenig zulegen. Zum einen steigt mit dem Aufschwung das nominale Bruttoinlandsprodukt (Nenner) wieder und zum anderen dürften in deutlich geringerem Umfang als im Vorjahr staatliche Kredite vergeben und Beteiligungen erworben werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass der Staat im vergangenen Jahr eine erhebliche Liquiditätsreserve aufgebaut hat (Ende des Jahres 2020 waren Sichteinlagen und Bargeld 80 Mrd. Euro über dem Stand des Vorjahres), die einen Teil der Finanzierungsdefizite des laufenden Jahres decken

werden (Abbildung 25). In den folgenden Jahren wird dann der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei der Veränderung der Bruttoschuldenstandsquote stets eine größere Rolle spielen als die mit den Finanzierungsdefiziten einhergehende Nettokreditaufnahme. Zudem rechnen wir damit, dass das Finanzvermögen des Staates, u.a. die Rücklagen der Rentenversicherungen oder die vom Wirtschaftsstabilisierungsfonds erworbenen Beteiligungen, zurückgeführt wird, so dass abermals die Nettokreditaufnahme niedriger ausfallen dürfte als das Finanzierungsdefizit.



Risiken und Wirtschaftspolitik

Das Konjunkturbild steht weiterhin unter dem Vorbehalt pandemiebezogener Annahmen. Für diese Prognose ist unterstellt, dass das Pandemiegeschehen nach dem Winterhalbjahr keine Infektionsschutzmaßnahmen erfordert, die die ökonomische Aktivität nennenswert belasten. Dies schließt insbesondere Virus-Mutationen aus, die sich medizinisch nicht zeitnah bekämpfen lassen. Risiken für die Prognose resultieren zudem aus der Reaktion auf den

Pandemieverlauf. So galt noch bis vor wenigen Monaten, dass mit ausreichender Verfügbarkeit von Impfstoffen der Wegfall aller Infektionsschutzmaßnahmen erfolgen kann. Mittlerweile sind Impfstoffe hierzulande überreichlich verfügbar, die epidemische Lage wurde aber – anders als in einigen anderen Ländern – rechtlich nochmals verlängert. Dies geschah insbesondere mit Blick auf das mögliche Infektionsgeschehen in der Gruppe der Ungeimpften. Zur Unsicherheit trägt das Fehlen eines repräsentativen Befundes über die Quote der Geimpften und Genesenen bei. So ergaben Umfragen jüngst eine gegenüber den RKI-Zahlen deutlich höhere Impfquote. Aus dem Pandemiegeschehen resultieren somit Auf- und Abwärtsrisiken. Sollte die Infektionsgefahr rascher als hier unterstellt als hinreichend niedrig angesehen werden, wäre mit den früheren Lockerungen auch ein schnelleres Anziehen der kontaktintensiven Dienstleistungen möglich. Hingegen könnten neue Rückschläge im Pandemiegeschehen den Aufholprozess weiter verlangsamen oder gar abermals unterbrechen.

Für die Dauer und den Produktionseffekt der Lieferengpässe fehlen historische Muster. Infolge von Produktions- und Transportstörungen während der Pandemiephase sind die globalen Lieferketten an verschiedenen Stellen in Unwucht geraten. Insbesondere kommt es im Container-Seeverkehr zu erheblichen Verzögerungen. Dies äußert sich hierzulande im Mangel an Zulieferungen, die ausweislich von Umfragen die Produktion in einem historisch einmaligen Umfang einschränken. Aus Mangel an Vergleichsperioden besteht erhebliche Unsicherheit darüber, wie schnell sich die Engpässe auflösen und wie stark sie auf die Produktion durchschlagen. Auch können durch neue Lockdown-Entscheidungen an wichtigen Umschlagplätzen neue Störungen auftreten. Somit unterliegt insbesondere die Prognose für die Entwicklung der Industrieproduktion und wichtiger davon abhängiger Verwendungskomponenten einer erhöhten Unsicherheit.

Je nach Ausgang der Bundestagswahl können sich die politisch beeinflussten Rahmenbedingungen erheblich ändern. Die Prognose unterliegt für die ökonomisch relevanten Politikfelder wie üblich der Status-quo-Annahme, berücksichtigt also nur solche gesetzlichen Änderungen, die bereits beschlossen sind. Der

Ausgang der Bundestagswahl und die sich anschließende Koalitionsbildung ist unsicher. Da sich die Parteien mit Blick auf die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Regulierungspolitik mitunter erheblich unterscheiden, können sich die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln im Prognosezeitraum deutlich ändern. Hierzu zählt unmittelbar die Höhe und Struktur der einnahmewie ausgabeseitigen Staatsquote. So haben sich die Parteien nicht nur in der Steuerpolitik, sondern auch mit Blick auf die Defizitbegrenzung unterschiedlich positioniert. Zwar zeichnet sich keine verfassungsändernde Mehrheit für eine Änderung der Schuldenbremse ab, gleichwohl bestehen erhebliche Gestaltungsspielräume, etwa durch das Ausweichen auf Sondervermögen oder – wenn auch mit deutlich größeren Hürden – eine stärkere Finanzierung über die EU-Ebene. Auch mit Blick auf den Interventionsgrad in der Dekarbonisierungspolitik (Preissteuerung vs. Technologieregulierung und -subventionen) bestehen erhebliche Unterschiede mit großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Zudem kann bei allen Weichenstellungen in der Phase zwischen Ankündigung und konkreter Ausgestaltung das Problem des Investitionsattentismus auftreten, womit kurzfristig dämpfende konjunkturelle Impulse verbunden wären.

Eine Rentenreform duldet keinen weiteren Aufschub. Im Zuge des demografischen Wandels dürfte das Erwerbspersonenpotenzial zur Mitte der neuen Legislaturperiode seinen Zenit überschreiten (Ademmer et al. 2021). Dies hätte die Politik längst vorausschauend zum Anlass nehmen müssen, die sozialen Sicherungssysteme – insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung – auf die für das Umlagesystem nun für viele Jahre immer ungünstigere Entwicklung des Altersquotienten zu reagieren (Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi 2021). Hierbei wird man an einer Anpassung des regulären Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung kaum vorbeikommen, soll nicht die Belastung der aktiven Generation mit Sozialversicherungsbeiträgen oder Steuern in erheblichem Maße ausgeweitet oder das laufende Leistungsniveau herabgesetzt werden. Eine höhere Partizipationsquote oder gezielte Zuwanderung kann das Problem lindern, aber nicht durchgreifend lösen.

Stabilisierungspolitisch droht eine Überforderung der Produktionskapazitäten. Die schwache wirtschaftliche Dynamik bis zum nächsten Frühjahr ist produktionsseitigen Einschränkungen geschuldet (Infektionsschutz bei kontaktintensiven Dienstleistern, Lieferengpässe in der Industrie). Sobald diese Hürden überwunden sind, dürfte die Wirtschaft angesichts hoher aufgetauter Kaufkraft bei den privaten Haushalten und rekordhoher Auftragsbestände bei den Unternehmen über einen selbsttragenden Aufschwung rasch zur Normalauslastung zurückfinden. Zusätzliche nachfragesteigernde staatliche Maßnahmen wären in einer solchen Situation nicht nur überflüssig, sondern wirkten destabilisierend. Weitere kurzfristige Konjunkturprogramme passten daher nicht in die stabilisierungspolitische Landschaft. Mittelfristig droht ohnehin eher eine Überforderung der Produktionskapazitäten, und dies umso mehr, als die Wachstumskräfte in den 2020er Jahren aus demografischen Gründen von Jahr zu Jahr schwächer werden. Da mit dem Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge nur die Zahl der Erwerbstätigen, nicht aber die der Konsumenten sinkt, trifft von dieser Seite eine strukturell hohe Nachfrage auf ein schwächer werdendes Produktionspotenzial. Zugleich sind mit den CO₂-Reduktionszielen erhebliche Investitionen verbunden. Diese folgen einer sehr langfristigen intertemporalen Logik, bei der sich der beabsichtigte Potenzialeffekt im Wesentlichen erst in mehreren Jahrzehnten einstellen kann. Auf absehbare Zeit haben die Investitionen zur Dekarbonisierung der Energieversorgung mit Blick auf das Produktionspotenzial hauptsächlich einen substitutiven und keinen additiven Charakter. Sie bauen den Kapitalstock um, nicht auf (es wird nicht mehr Energie erzeugt, sondern nur auf andere Weise). Daher sind von diesen Investitionen auf absehbare Zeit bestenfalls schwache Wachstumseffekte zu erwarten. All dies schmälert die stabilitätsverträglichen staatlichen Ausgabenspielräume. Mehrausgaben an der einen Stelle müssen dann umso eher durch Kürzungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

Die Corona-Schulden erfordern für sich genommen keine neuen Abgabinstrumente. Im Zuge der Corona-Krise hat der Staat die Schuldenbremse ausgesetzt, um seinen Verschuldungsspielraum zu erhöhen. Für die

Tilgung der dabei aufgetretenen übermäßigen – also über den sonst möglichen Spielraum hinausgehenden – Defizite sehen die Schuldenbremsen in Bund und Ländern vor, dass hierzu in Haushaltsbegleitgesetzen entsprechende Pfade bestimmt werden. Diese erstrecken sich auf die Periode von 2023 bis 2043. Auch unter Berücksichtigung der noch für das Jahr 2022 zu erwartenden übermäßigen Defizite machen die jährlichen Tilgungen weniger als 3 Promille der Wirtschaftsleistung aus – mit fallender Tendenz. Dadurch wird die Finanzpolitik nicht überfordert, sondern sie sollte die notwendigen Mittel problemlos durch ausgaben- und einnahmeseitige Anpassungen bereitstellen können. So schwankten die strukturelle Ausgabenquote des Staates in den zehn Jahren vor der Corona-Krise um 1,8 Prozentpunkte und die strukturelle Einnahmenquote sogar um 3 Prozentpunkte. Gesundheits- wie wirtschaftspolitisch dient die Eindämmung der Corona-Pandemie bzw. ihrer ökonomischen Folgen dem Gemeinwohl. Dementsprechend sollte die Finanzierung der damit verbundenen fiskalischen Lasten nach ähnlichen Kriterien erfolgen, wie sie auch bei anderen Staatsausgaben für Kollektivgüter herangezogen werden. Einschlägig ist hierfür das Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Letzteres wird insbesondere über die progressive Einkommensteuer zu verwirklichen versucht. Deren konkrete Ausgestaltung mag politisch strittig sein, diese Frage stellt sich aber unabhängig von den Corona-Lasten. Diese sind wiederum quantitativ zu unbedeutend, als dass sie eine grundsätzliche Umgestaltung begründen können. Auch für ein gesondertes Abgabensinstrument – etwa eine Sonderabgabe für Vermögende – spricht wenig. Zum einen wäre der Erhebungsaufwand ähnlich wie bei der Vermögensteuer sehr hoch, zum anderen bestünden auch erhebliche Zweifel an der Treffsicherheit. So waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) der privaten Haushalte diejenige Einkommenskomponente, die im Zuge der Corona-Krise am stärksten betroffen war. Während die Masseneinkommen im Jahr 2020 um 2,9 Prozent expandierten (dank kräftig gestiegener monetärer Sozialleistungen, insbesondere des Kurzarbeitergeldes), brach die

UVE-Komponente (trotz der gewährten Corona-Unternehmenshilfen) um 6,5 Prozent ein. Für einen fairen Lastenausgleich bietet sich vielmehr eine Schlussabrechnung der pandemiebedingten Ergebnisausfälle nach dem Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen an (Felbermayr und Kooths 2020), deren Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen der nächsten Jahre aufzubringen wäre (Boysen-Hogrefe und Kooths 2021).

Literatur

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Meuchelböck und U. Stolzenburg (2021). Mittelfristprojektion für Deutschland im Herbst 2021. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 84 (2021|Q3), Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Im Erscheinen.
- Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland. Ifw-Box 2021.09. https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2021/Box_-2021-9_Deutschland_Sommer.pdf.
- Beckmann, J., K.-J. Gern, P. Hauber, N. Jannsen und U. Stolzenburg (2021). Rising Inflation: Transitory or Cause for Concern? Monetary Dialogue Papers, September. Study requested by the ECON committee, European Parliament. https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/239442/1d_QA0921378ENN.pdf.
- Beraja, M., und C.K. Wolf (2021). Demand Composition and the Strength of Recoveries. Via Internet (15. September 2021) <https://economics.mit.edu/files/20297>.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, S. Kooths und U. Stolzenburg (2021). Euroraum im Herbst 2021: Erholung noch mit Sand im Getriebe. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 82 (2021|Q3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J. und S. Kooths (2021): Corona-Schulden: Kein Game Changer für die Finanzpolitik. WSI-Mitteilungen, 2021, S. 484-486. Im Erscheinen.
- Casalis, A., und G. Krustev (2020). Cyclical drivers of euro area consumption - what can we learn from durable goods. ECB Working Paper 2386.
- De Bondt, G., A. Gieseck, P. Herrero und Z. Zekaite (2019). Disaggregate income and wealth effects in the largest euro area countries. ECB Working Paper 2343.
- Deutsche Bundesbank (2016). Die Phillips-Kurve als Instrument der Preisanalyse und Inflationsprognose in Deutschland. Monatsbericht April 2016.
- Deutsche Bundesbank (2021). Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023. Monatsbericht, Juni.
- Felbermayr, G., und S. Kooths (2020): Kieler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen - Funktionsweise und Einsatz in der Corona-Krise. Kiel Policy Brief, Nr. 148, Kiel.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, S. Meuchelböck und U. Stolzenburg (2021). Weltwirtschaft im Herbst 2021: Erholungspfad mit Stolpersteinen. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 81 (2021|Q3), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gilchrist, S., R. Schoenle, J. Sim und E. Zakrajšek (2017). Inflation Dynamics during the Financial Crisis. Inflation dynamics during the financial crisis. *American Economic Review* 107(3): 785–823.
- Groll, D. (2020). Zum Beitrag der Kurzarbeit zur Arbeitszeit- und Lohndynamik im Zuge der Corona-Krise. IfW-Box 2020.20. https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2020/Box_2020-20_-Deutschland_Winter.pdf
- Jannsen, N. (2021). Zum Einfluss der Corona Pandemie auf den privaten Verbrauch. IfW-Box 2021.01. https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2021/Box_2021-1_Deutschland_Fruehjahr.pdf.
- Koester, G., I. Rubene, E. Goncalves und J. Nordeman (2021). Recent developments in pipeline pressures for non-energy industrial goods inflation in the euro area. ECB Economic Bulletin, Issue 5/2021.
- Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi (2021): Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Berlin.
- Wohlrabe, K. (2021). Materialengpässe in der Industrie: Wer ist betroffen, und wie reagieren die Unternehmen? *ifo Schnelldienst* 74(9): 60-65.

Tabellenanhang

Tabelle 11
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2023

	2020	2020	2021	2022	2023
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,6	2,6	5,1	2,3
Private Konsumausgaben		-5,9	-0,5	7,8	2,3
Konsumausgaben des Staates		3,5	2,5	0,0	1,8
Anlageinvestitionen		-2,2	2,5	5,1	4,2
Ausrüstungsinvestitionen		-11,2	5,9	8,8	6,2
Bauinvestitionen		2,5	1,2	2,8	2,8
Sonstige Anlagen		1,0	0,8	5,8	4,8
Vorratsveränderung		-0,9	1,4	0,0	0,0
Inländische Verwendung		-4,0	2,4	5,3	2,6
Ausfuhr		-9,3	8,1	5,8	4,2
Einfuhr		-8,6	8,3	6,5	5,0
Außenbeitrag		-0,8	0,4	0,0	-0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.367,6	-3,0	4,7	6,8	4,3
Private Konsumausgaben	1.708,0	-5,3	2,3	10,1	4,0
Konsumausgaben des Staates	754,6	7,0	3,9	1,1	3,7
Anlageinvestitionen	735,9	-0,9	6,7	8,9	6,1
Ausrüstungsinvestitionen	216,9	-10,0	7,7	10,4	7,2
Bauinvestitionen	380,1	4,4	7,9	8,5	5,1
Sonstige Anlagen	138,9	1,4	2,0	7,9	7,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-23,7	22,9	25,6	24,4
Inländische Verwendung	3.174,8	-3,1	5,2	7,7	4,4
Ausfuhr	1.462,1	-9,7	13,6	9,7	4,8
Einfuhr	1.269,3	-10,8	16,3	12,2	5,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		192,8	184,6	165,4	169,3
Bruttonationaleinkommen	3.461,3	-3,5	4,7	6,7	4,3
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	2,0	1,6	1,9
Private Konsumausgaben		0,6	2,8	2,1	1,7
Konsumausgaben des Staates		3,3	1,4	1,1	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		1,3	1,6	1,5	1,0
Bauinvestitionen		1,9	6,6	5,6	2,2
Sonstige Anlagen		0,3	1,2	2,0	2,2
Ausfuhr		-0,4	5,1	3,7	0,6
Einfuhr		-2,4	7,4	5,3	0,0
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,5	2,9	2,6	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.528,2	-3,1	5,5	5,2	3,6
Arbeitnehmerentgelt	1.852,1	-0,2	2,8	4,8	4,0
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		73,3	71,4	71,1	71,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	-10,2	12,7	6,3	2,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.975,2	0,8	2,0	4,6	2,7
Sparquote (Prozent)		16,1	15,8	11,3	10,1
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.514,1	-0,7	2,9	5,1	3,8
Effektivlohn, Stundenbasis		3,4	0,9	2,3	3,2
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,6	-0,1	-0,2	1,6
Produktivität, Stundenbasis		0,4	0,8	2,0	1,6
Arbeitslose (1 000)		2.695	2.629	2.423	2.346
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,9	5,7	5,3	5,1
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.898	44.919	45.437	45.694
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-145,2	-173,2	-62,8	-28,8
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-4,3	-4,9	-1,7	-0,7
Öffentliche Schulden (Prozent)		69,1	70,9	67,4	64,5

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	1,2	0,6	-0,7	0,8	1,2	1,1
Arbeitsvolumen	1,8	3,0	0,7	0,9	2,7	4,5	1,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,8	1,9	0,1	1,7	1,8	3,2	0,6
Produktivität ¹	0,8	2,0	1,6	2,0	-0,2	1,2	2,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	5,1	2,3	2,9	2,4	5,7	4,4

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 532,3	2 717,0	2 823,4	1 212,2	1 320,0	1 313,3	1 403,7
Private Haushalte ²	1 748,1	1 924,6	2 001,6	829,4	918,7	927,2	997,3
Staat	784,2	792,4	821,8	382,9	401,3	386,1	406,4
Anlageinvestitionen	785,3	855,6	907,4	371,0	414,2	404,8	450,7
Ausrüstungen	233,5	257,7	276,3	109,6	123,9	118,5	139,1
Bauten	410,1	445,0	467,5	194,6	215,5	214,6	230,4
Sonstige Anlageinvestitionen	141,6	152,9	163,7	66,8	74,8	71,6	81,2
Vorratsveränderung ¹	22,9	25,6	24,4	13,1	9,9	15,1	10,5
Inländische Verwendung	3 340,5	3 598,1	3 755,2	1 596,4	1 744,1	1 733,2	1 865,0
Außenbeitrag	184,6	165,4	169,3	110,1	74,5	95,9	69,5
Exporte	1 661,0	1 821,6	1 908,8	806,3	854,7	898,5	923,1
Importe	1 476,3	1 656,2	1 739,5	696,2	780,1	802,5	853,7
Bruttoinlandsprodukt	3 525,1	3 763,5	3 924,5	1 706,4	1 818,7	1 829,1	1 934,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	7,3	3,9	1,6	4,0	8,3	6,3
Private Haushalte ²	2,3	10,1	4,0	-0,1	4,7	11,8	8,6
Staat	3,9	1,1	3,7	5,5	2,4	0,8	1,3
Anlageinvestitionen	6,7	8,9	6,1	5,6	7,7	9,1	8,8
Ausrüstungen	7,7	10,4	7,2	11,6	4,4	8,2	12,3
Bauten	7,9	8,5	5,1	4,0	11,7	10,3	6,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,0	7,9	7,1	1,3	2,5	7,2	8,6
Inländische Verwendung	5,2	7,7	4,4	2,9	7,4	8,6	6,9
Exporte	13,6	9,7	4,8	14,3	13,0	11,4	8,0
Importe	16,3	12,2	5,0	11,8	20,7	15,3	9,4
Bruttoinlandsprodukt	4,7	6,8	4,3	4,4	4,9	7,2	6,4

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 304,7	2 429,2	2 481,2	1 111,3	1 193,4	1 184,4	1 244,8
Private Haushalte ²	1 607,3	1 733,2	1 772,4	767,6	839,8	840,4	892,8
Staat	695,6	695,5	708,3	342,5	353,1	343,6	351,9
Anlageinvestitionen	681,3	716,0	745,8	326,3	355,0	340,0	375,9
Ausrüstungen	220,3	239,5	254,4	103,6	116,6	110,2	129,4
Bauten	328,5	337,6	346,9	159,6	168,9	163,7	173,9
Sonstige Anlageinvestitionen	131,4	139,0	145,7	62,2	69,1	65,6	73,4
Inländische Verwendung	3 012,0	3 172,7	3 254,0	1 453,1	1 558,9	1 542,0	1 630,7
Exporte	1 547,7	1 637,5	1 706,5	769,1	778,6	807,4	830,1
Importe	1 384,8	1 475,0	1 548,7	674,9	709,9	714,2	760,7
Bruttoinlandsprodukt	3 178,7	3 339,7	3 416,1	1 548,4	1 630,3	1 636,9	1 702,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,4	5,4	2,1	-0,4	1,2	6,6	4,3
Private Haushalte ²	-0,5	7,8	2,3	-2,0	0,9	9,5	6,3
Staat	2,5	0,0	1,8	3,1	2,0	0,3	-0,3
Anlageinvestitionen	2,5	5,1	4,2	3,1	2,0	4,2	5,9
Ausrüstungen	5,9	8,8	6,2	10,0	2,6	6,3	10,9
Bauten	1,2	2,8	2,8	0,5	1,9	2,6	2,9
Sonstige Anlageinvestitionen	0,8	5,8	4,8	0,2	1,3	5,4	6,1
Inländische Verwendung	2,4	5,3	2,6	0,9	3,9	6,1	4,6
Exporte	8,1	5,8	4,2	11,5	5,0	5,0	6,6
Importe	8,3	6,5	5,0	7,6	9,0	5,8	7,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	5,1	2,3	2,9	2,4	5,7	4,4

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	2,8	2,1	1,7	1,9	3,7	2,1	2,1
Konsumausgaben des Staates	1,4	1,1	1,8	2,4	0,5	0,5	1,6
Anlageinvestitionen	4,1	3,7	1,8	2,4	5,6	4,7	2,8
Ausrüstungen	1,6	1,5	1,0	1,5	1,7	1,7	1,2
Bauten	6,6	5,6	2,2	3,5	9,6	7,5	3,9
Exporte	5,1	3,7	0,6	2,6	7,5	6,1	1,3
Importe	7,4	5,3	0,0	3,9	10,7	8,9	2,1
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,6	1,9	1,5	2,4	1,4	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 419,0	2 546,3	2 634,6	1 183,9	1 235,2	1 249,9	1 296,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	346,1	356,9	372,8	169,2	176,9	173,7	183,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 558,6	1 638,7	1 701,7	737,2	821,4	779,5	859,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	514,3	550,7	560,0	277,5	236,8	296,7	254,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	522,7	606,1	649,7	225,5	297,1	267,4	338,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 941,7	3 152,4	3 284,2	1 409,4	1 532,3	1 517,3	1 635,1
Abschreibungen	681,7	712,8	746,7	339,1	342,6	353,9	358,9
Bruttonationaleinkommen	3 623,4	3 865,2	4 030,9	1 748,5	1 874,9	1 871,2	1 994,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 666,3	2 805,4	2 905,6	1 279,9	1 386,5	1 344,8	1 460,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	761,7	809,9	831,0	373,5	388,2	391,6	418,2
Arbeitnehmerentgelt	1 904,7	1 995,5	2 074,5	906,4	998,3	953,2	1 042,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1,7	5,3	3,5	0,4	2,9	5,6	5,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	3,1	4,5	2,9	1,9	2,7	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	2,9	5,1	3,8	2,1	3,7	5,7	4,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,8	4,0	3,3	2,6	2,8	4,5	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	-2,4	7,1	1,7	-5,2	1,0	6,9	7,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23,4	16,0	7,2	36,0	15,3	18,5	14,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,0	7,2	4,2	4,8	5,1	7,7	6,7
Abschreibungen	3,5	4,6	4,7	2,9	4,1	4,4	4,7
Bruttonationaleinkommen	4,7	6,7	4,3	4,4	4,9	7,0	6,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	5,5	5,2	3,6	6,1	4,8	5,1	5,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	12,7	6,3	2,6	17,0	8,8	4,9	7,7
Arbeitnehmerentgelt	2,8	4,8	4,0	2,2	3,4	5,2	4,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 595,3	1 657,0	1 708,9	766,9	828,4	790,9	866,0
Nettolöhne und -gehälter	1 060,9	1 120,3	1 151,0	495,0	565,8	526,5	593,7
Monetäre Sozialleistungen	678,9	685,7	712,8	343,2	335,7	337,0	348,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	144,4	149,0	154,9	71,3	73,2	72,6	76,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	514,3	550,7	560,0	277,5	236,8	296,7	254,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-95,5	-100,8	-105,7	-48,2	-47,3	-50,7	-50,1
Verfügbares Einkommen	2 014,2	2 106,9	2 163,2	996,2	1 018,0	1 036,9	1 070,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,7	62,6	29,5	31,2	30,0	31,7
Konsumausgaben	1 748,1	1 924,6	2 001,6	829,4	918,7	927,2	997,3
Sparen	326,8	244,0	224,3	196,4	130,5	139,7	104,4
Sparquote (%) ⁶	15,8	11,3	10,1	19,1	12,4	13,1	9,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	3,9	3,1	4,1	3,1	3,1	4,5
Nettolöhne und -gehälter	3,9	5,6	2,7	2,9	4,8	6,4	4,9
Monetäre Sozialleistungen	3,0	1,0	3,9	5,7	0,4	-1,8	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,0	3,1	3,9	3,2	2,7	1,9	4,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	-2,4	7,1	1,7	-5,2	1,0	6,9	7,3
Verfügbares Einkommen	2,0	4,6	2,7	1,3	2,6	4,1	5,1
Konsumausgaben	2,3	10,1	4,0	-0,1	4,7	11,8	8,6
Sparen	-0,1	-25,3	-8,1	8,1	-10,3	-28,9	-20,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2021 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	825,7	875,7	924,6	407,1	418,6	438,6	437,2
Sozialbeiträge	628,1	655,7	694,2	305,4	322,7	317,8	337,9
Vermögenseinkommen	15,0	14,6	14,1	7,4	7,6	7,2	7,4
Sonstige Transfers	26,1	27,6	29,0	11,5	14,6	12,2	15,4
Vermögenstransfers	18,3	22,8	24,1	7,5	10,8	9,8	13,1
Verkäufe	131,7	141,6	146,5	59,3	72,4	66,0	75,6
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 645,1	1 738,2	1 832,6	798,3	846,8	851,6	886,7
Ausgaben							
Vorleistungen ²	544,2	551,9	575,6	262,1	282,1	266,3	285,6
Arbeitnehmerentgelt	292,9	300,3	308,2	140,7	152,3	144,5	155,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	18,6	17,0	16,2	10,3	8,3	9,5	7,5
Subventionen	110,4	65,6	57,2	54,0	56,4	32,3	33,4
Monetäre Sozialleistungen	614,3	620,6	647,2	310,9	303,4	304,5	316,1
Sonstige laufende Transfers	89,5	91,8	94,5	43,2	46,3	44,3	47,4
Vermögenstransfers	58,1	58,7	62,5	19,3	38,9	21,2	37,5
Bruttoinvestitionen	91,6	96,4	101,3	39,3	52,2	40,8	55,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 818,2	1 801,1	1 861,4	879,2	939,1	862,8	938,3
Finanzierungssaldo	- 173,2	- 62,8	- 28,8	- 80,9	- 92,3	- 11,2	- 51,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	6,8	6,1	5,6	4,3	9,3	7,7	4,4
Sozialbeiträge	3,3	4,4	5,9	3,4	3,3	4,1	4,7
Vermögenseinkommen	- 23,9	- 2,8	- 3,5	- 37,9	- 2,4	- 3,2	- 2,3
Sonstige Transfers	7,8	5,7	5,1	2,0	12,8	6,3	5,2
Vermögenstransfers	17,7	24,8	5,6	5,7	27,8	30,1	21,2
Verkäufe	4,6	7,5	3,5	1,9	7,0	11,3	4,4
Sonstige Subventionen	- 0,8	0,0	0,0	- 2,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	5,0	5,7	5,4	3,1	6,9	6,7	4,7
Ausgaben							
Vorleistungen ²	4,5	1,4	4,3	6,2	3,0	1,6	1,3
Arbeitnehmerentgelt	3,1	2,5	2,6	3,2	3,0	2,7	2,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 11,1	- 8,6	- 4,7	- 10,7	- 11,7	- 7,7	- 9,7
Subventionen	54,9	- 40,5	- 12,8	44,4	66,4	- 40,2	- 40,8
Monetäre Sozialleistungen	3,2	1,0	4,3	6,2	0,3	- 2,1	4,2
Sonstige laufende Transfers	8,5	2,5	3,0	8,4	8,5	2,5	2,6
Vermögenstransfers	21,2	1,0	6,4	8,1	29,0	10,0	- 3,4
Bruttoinvestitionen	0,7	5,3	5,1	- 2,7	3,4	3,8	6,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,9	0,0	0,0	26,2	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	6,2	- 0,9	3,4	6,9	5,5	- 1,9	- 0,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

 Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 192,8	2 173,8	372,4	646,6	-	
2 - Abschreibungen	681,7	397,3	84,6	199,8	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 511,1	1 776,5	287,8	446,8	- 184,6	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 900,6	1 366,9	292,9	240,7	15,8	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,5	22,4	0,7	12,4	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	89,8	64,4	0,1	25,2	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	664,8	451,6	- 5,8	218,9	- 200,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 904,7	-	-	1 904,7	11,8	
9 - Geleistete Subventionen	110,4	-	110,4	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	385,7	-	385,7	-	7,5	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	575,9	539,3	18,6	18,0	187,0	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	672,8	344,4	15,0	313,4	90,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 941,7	256,7	266,0	2 419,0	- 282,9	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	428,9	86,1	-	342,8	11,7	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	440,0	-	440,0	-	0,5	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	769,0	-	-	769,0	3,9	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	769,6	140,6	628,1	0,9	3,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	687,0	71,8	614,3	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	678,9	-	-	678,9	8,7	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	379,5	201,5	89,5	88,5	58,1	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	325,5	182,9	26,1	116,5	112,1	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 891,3	220,7	656,5	2 014,2	- 232,6	
23 - Konsumausgaben	2 532,3	-	784,2	1 748,1	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-	
25 = Sparen	359,1	159,9	- 127,7	326,8	- 232,6	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	93,7	20,3	58,1	15,2	4,0	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	80,8	36,2	18,3	26,3	16,9	
28 - Bruttoinvestitionen	808,2	474,2	91,6	242,4	-	
29 + Abschreibungen	681,7	397,3	84,6	199,8	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,3	1,8	- 1,3	0,9	- 1,3	
31 = Finanzierungssaldo	218,3	97,1	- 173,2	294,4	- 218,3	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 891,3	220,7	656,5	2 014,2	- 232,6	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	493,6	-	493,6	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	493,6	-	-	493,6	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 891,3	220,7	162,9	2 507,7	- 232,6	
38 - Konsum 2)	2 532,3	-	290,6	2 241,7	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-	
40 = Sparen	359,1	159,9	- 127,7	326,8	- 232,6	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 408,0	2 337,5	382,8	687,7	-	
2 - Abschreibungen	712,8	416,7	87,4	208,8	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 695,1	1 920,8	295,4	478,9	- 165,4	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 991,5	1 436,0	300,3	255,2	16,4	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,3	24,4	0,7	13,2	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	43,8	32,2	0,1	11,5	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	709,2	492,6	- 5,5	222,1	- 181,8	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 995,5	-	-	1 995,5	12,3	
9 - Geleistete Subventionen	65,6	-	65,6	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	412,6	-	412,6	-	7,9	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	654,9	620,2	17,0	17,6	210,4	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	755,6	394,7	14,6	346,3	109,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 152,4	267,0	339,1	2 546,3	- 267,1	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	451,3	95,0	-	356,4	12,4	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	463,2	-	463,2	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	798,2	-	-	798,2	4,1	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	799,0	142,4	655,7	0,9	3,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	694,2	72,7	620,6	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	685,7	-	-	685,7	9,1	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	387,2	205,5	91,8	90,0	60,4	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	332,7	185,7	27,6	119,4	114,9	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 102,0	221,8	773,2	2 106,9	- 216,7	
23 - Konsumausgaben	2 717,0	-	792,4	1 924,6	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,7	-	61,7	-	
25 = Sparen	385,0	160,2	- 19,2	244,0	- 216,7	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	95,3	20,8	58,7	15,7	4,1	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	81,6	32,2	22,8	26,5	17,8	
28 - Bruttoinvestitionen	881,2	518,5	96,4	266,3	-	
29 + Abschreibungen	712,8	416,7	87,4	208,8	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,4	1,9	- 1,3	0,9	- 1,4	
31 = Finanzierungssaldo	201,6	67,9	- 62,8	196,5	- 201,6	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 102,0	221,8	773,2	2 106,9	- 216,7	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	513,8	-	513,8	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	513,8	-	-	513,8	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 102,0	221,8	259,5	2 620,7	- 216,7	
38 - Konsum 3)	2 717,0	-	278,7	2 438,3	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,7	-	61,7	-	
40 = Sparen	385,0	160,2	- 19,2	244,0	- 216,7	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2023					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 543,5	2 438,9	393,5	711,2	-	
2 - Abschreibungen	746,7	437,7	90,3	218,7	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 796,9	2 001,2	303,2	492,5	- 169,3	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 070,5	1 497,8	308,2	264,5	16,9	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,8	26,0	0,7	14,0	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	39,6	29,2	0,1	10,3	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	725,3	506,6	- 5,6	224,3	- 186,2	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 074,5	-	-	2 074,5	12,8	
9 - Geleistete Subventionen	57,2	-	57,2	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	435,9	-	435,9	-	8,2	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	684,9	651,2	16,2	17,5	220,9	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	790,6	423,3	14,1	353,2	115,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 284,2	278,7	371,0	2 634,6	- 275,7	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	476,3	100,1	-	376,3	12,9	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	488,7	-	488,7	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	838,8	-	-	838,8	4,2	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	839,8	144,7	694,2	0,9	3,2	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	722,0	73,9	647,2	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	712,8	-	-	712,8	9,8	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	395,6	209,6	94,5	91,4	62,7	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	340,5	189,1	29,0	122,4	117,8	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 233,3	228,9	841,2	2 163,2	- 224,8	
23 - Konsumausgaben	2 823,4	-	821,8	2 001,6	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,6	-	62,6	-	
25 = Sparen	409,9	166,3	19,3	224,3	- 224,8	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	100,0	21,3	62,5	16,2	4,2	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	86,0	34,8	24,1	27,1	18,2	
28 - Bruttoinvestitionen	931,8	548,2	101,3	282,3	-	
29 + Abschreibungen	746,7	437,7	90,3	218,7	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,5	2,0	- 1,3	0,9	- 1,5	
31 = Finanzierungssaldo	209,3	67,3	- 28,8	170,7	- 209,3	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 233,3	228,9	841,2	2 163,2	- 224,8	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	532,3	-	532,3	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	532,3	-	-	532,3	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 233,3	228,9	308,8	2 695,6	- 224,8	
38 - Konsum 2)	2 823,4	-	289,5	2 533,9	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,6	-	62,6	-	
40 = Sparen	409,9	166,3	19,3	224,3	- 224,8	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.